



**N i e d e r s c h r i f t**  
**über die 6. - öffentliche - Sitzung**  
**der Enquetekommission „Rahmenbedingungen für das**  
**ehrenamtliche Engagement verbessern“**  
**am 27. November 2020**  
**Hannover, Landtagsgebäude**

Tagesordnung:

Seite:

1. **Ziffer 4 des Einsetzungsbeschlusses „Maßnahmen und Gesetzesvorschläge zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und kommunalem Mandat zu erarbeiten“ vor dem Hintergrund der für das Jahr 2021 beabsichtigten Novellierung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG)**  
  
*Anhörung*
  - Politik zum Anfassen e. V..... 3
  - Ein betroffener Mandatsträger, welcher aufgrund von Drohungen zurückgetreten ist ..... 17
  
2. **Verfahrensfragen**
  - a) Abstimmung und ggf. Beschlussfassung zur weiteren Zeitplanung ..... 29
  - b) Vorstellung des Onlinefragebogens ..... 29
  - c) Bitte um Unterrichtung durch die Landesregierung ..... 29
  
3. **Anmerkungen der wissenschaftlichen Begleitung und Zusammenfassung der Ergebnisse (abgesetzt)..... 31**

**Anwesend:****Mitglieder der Kommission:**

Mitglieder des Landtags:

1. Abg. Petra Tiemann (SPD), Vorsitzende
2. Abg. Rüdiger Kauroff (SPD)
3. Abg. Dunja Kreiser (SPD)
4. Abg. Kerstin Liebelt (SPD)
5. Abg. Bernd Lynack (SPD)
6. Abg. Hanna Naber (SPD)
7. Abg. Rainer Fredermann (CDU)
8. Abg. Eike Holsten (CDU)
9. Abg. Veronika Koch (CDU)
10. Abg. Marcel Scharrelmann (CDU)
11. Abg. Jörn Schepelmann (CDU)
12. Abg. Volker Bajus (GRÜNE)
13. Abg. Thomas Brüninghoff (FDP)

Externe Sachverständige:

Karl-Heinz Banse,  
Dr. Florian Hartleb,  
Falk Hensel,  
Dagmar Hohls,  
André Kwiatkowski,  
Insa Lienemann,  
Jens Risse,  
Prof. Dr. Sebastian Unger.

Als stellvertretende Mitglieder nahmen an der Sitzung teil:

Abg. Ulrich Watermann (SPD),  
Karl-Gerhard Tamke.

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrat Biela,  
Regierungsrat Martin,  
Herr Dr. Micus (wissenschaftliche Begleitung),  
Herr Deycke (wissenschaftliche Begleitung).

Niederschrift:

Regierungsdirektor Heuer, Stenografischer Dienst.

**Sitzungsdauer:** 10.15 Uhr bis 13.04 Uhr.

Tagesordnungspunkt 1:

**Ziffer 4 des Einsetzungsbeschlusses „Maßnahmen und Gesetzesvorschläge zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und kommunalem Mandat zu erarbeiten“ vor dem Hintergrund der für das Jahr 2021 beabsichtigten Novellierung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG)**

## Anhörung

### Politik zum Anfassen e. V.

*Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 16*

**Anwesend:** Gregor Dehmel

**Gregor Dehmel:** Frau Vorsitzende! Liebe Freundinnen und Freunde der Demokratie! Vielen Dank für die Einladung. Es geht heute genau um mein Thema, genau um das Thema, das mich und unseren Verein seit 15 bis 25 Jahren bewegt.

Wenn Sie eine Langfassung meiner Ausführungen hören möchten, dann können Sie sich unseren Podcast auf [www.etcpb.de](http://www.etcpb.de) anhören. Das ist ein Podcast über Politik und Beteiligung. Ich fand das Thema so spannend, dass wir daraus eine Podcast-Episode gemacht haben. Podcast macht unproduktive Zeit produktiv. Sie können darin meine Gedanken zumindest ansatzweise hören.

Bis 2006 war ich im Rat der Landeshauptstadt Hannover. Bis dahin war das höchste der Gefühle der politischen Bildung der sogenannte Schulterblick. Es gibt eine Besuchertribüne, und ich konnte von meinem Platz aus immer wieder die glücklichen Gesichter der Kinder sehen, die eine Ratssitzung besucht hatten, wenn sie nach einer Stunde wieder gehen durften.

Die erste Stunde einer Ratssitzung ist so ungefähr das Langweiligste was man sich antun kann - das gilt zumindest für Hannover; anderswo mag das anders sein -: Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit, Beschlüsse zur Tagesordnung, und dann kommen die Anfragen. Damit ist die Stunde um, und man hat nichts von dem gesehen, was Kommunalpolitik so magisch macht, wo man, wie nirgendwo

anders, parlamentarische Demokratie hautnah erleben kann.

Das wollten wir ändern. So haben meine Frau und ich - sie war zu jener Zeit Ortsbürgermeisterin in Altwarmbüchen und im Gemeinderat in Isernhagen - den Verein Politik zum Anfassen e. V. gegründet.

Wir machen Lust auf Demokratie. Der zentrale Punkt, der unseren Verein bewegt und der uns geholfen hat, vom Hobby zu einem Sozialunternehmen mit 35 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu werden, ist „begeistern“. Alles, was ich Ihnen jetzt erzähle, dreht sich um Begeistern. Wie kann ich mit meiner Arbeit begeistern? Schafft es ein Gremium, zu begeistern? Das ist das zentrale Anliegen. Nur wenn unser Team sagt: „Ein solches Projekt hätten wir gern in unserer Schulzeit gehabt“, dann ist es ein gutes Projekt. Dieter Bohlen hat mal etwas Weises gesagt: Nur wer Spaß hat, gibt auch Spaß weiter. Das gilt natürlich auch für Stadt- und Gemeinderäte und für die Kommunalpolitik insgesamt.

Eigentlich ist es doch ganz einfach. Lebensnäher als in der Kommunalpolitik geht es doch eigentlich gar nicht. Zu Beginn der meisten unserer Projekte machen wir einen Crashkurs in Kommunalpolitik, in dem wir zeigen: Alles ist Kommunalpolitik. - Wenn ich morgens warm dusche und nachmittags frische Erdbeeren auf dem Wochenmarkt kaufe, hat das alles mit Kommunalpolitik zu tun. Jede und jeder sieht: Das geht mich an. Da kann ich mitreden. Das ist ganz einfach. Das macht Spaß, weil das alles meine Themen sind.

Einer unserer hannöverschen Exportschlager, mit dem wir jedes Jahr deutschlandweit in 60 Kommunen fahren, ist „Pimp Your Town!“ Das hat der jetzige Ministerpräsident als damaliger Oberbürgermeister mit uns zusammen entwickelt. Dabei dürfen junge Menschen Spaß haben und rumspinnen. Da zeigt sich, was für ein fantastischer Möglichkeitsraum Kommunalpolitik ist, wenn man sie lässt. Man kann die tollsten Dinge umsetzen: schwimmende Badeinseln in der Ostsee oder ein ÖPNV-Ticket für Seniorinnen und Senioren, die ihren Führerschein abgeben, wie gerade in der Region Hannover diskutiert wird.

Wir haben in den letzten zehn Jahren über 500 solcher Ideen produziert und umgesetzt. Wir haben mit Zehntausenden Jugendlichen zusammengesessen, mit Politikerinnen und Politikern diskutiert, voneinander gelernt und Spaß gehabt.

Wir haben selbst erleben lassen - das finde ich ganz zentral -, wie toll Demokratie sein kann und wie wirksam und handlungsfähig parlamentarische Demokratie ist.

Wo bekommt man denn im Alltag positive Demokratieerfahrungen? Die gibt es viel zu wenig. Das geht nur - kleiner Exkurs - wenn Ortsräte, Stadtbezirksräte und Gemeinderäte Kompetenzen behalten oder sogar noch dazubekommen. Sie müssen entscheiden dürfen - das ist für sie als ehrenamtlich Tätige ihr einziger Lohn -; nicht der Bürgermeister oder die Verwaltung.

Das Beschneiden von Möglichkeiten - da bin ich mir ganz sicher - führt zu einem Teufelskreis: Ich beschneide noch mehr die Möglichkeiten und: Welche Qualität hat das kommunalpolitische ehrenamtliche Personal?

Es gilt, Waffengleichheit zwischen der hauptamtlichen Verwaltung, bestens organisierten Bürgerinnen und Bürgern und der Kommunalpolitik herzustellen, sie zu bilden, sie mitzunehmen und sie ernst zu nehmen. Wie soll man denn mitreden, wenn man etwas nicht versteht?

Um zu begeistern, müssen die Dinge verständlicher werden. Eigentlich müsste es in allen Gremien auf allen Ebenen zu jeder Vorlage eine übersetzte Version geben. Das würde vielen, auch den Jugendlichen, zugutekommen; nicht zuletzt aber auch den ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern selbst.

Das hat mir mal ein Politiker aus Darmstadt erzählt. Dort hatte die Verwaltung eine Vorhabenliste für die Bürgerinnen und Bürger eingeführt. Der Kollege aus der Stadtvertretung dort hat gesagt: Jetzt verstehe ich endlich, was die so vorhaben. - Das kommt also auch den Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern zugute.

Wenn ich verstehe, was in den politischen Gremien meiner Kommune besprochen wird, dann bekomme ich vielleicht auch selber Lust, dort mitzureden.

Ich habe übrigens neulich an einem Workshop für gendergerechte Kommunalpolitik teilgenommen und dabei gelernt, dass die Unsicherheit über die Themen und die Inhalte, die besprochen werden, eher ein Problem von Frauen ist. Männer sind da robuster. Uns Männern ist es egal, ob wir nur die Hälfte von dem Viertel, das wir gelesen haben, verstanden haben. Frauen sind da, Gottlob, anders. Das ist eine der tausend Hürden die es gibt

und wegen der Frauen nicht in die Kommunalpolitik gehen.

Eine Zahl hat mich geschockt: Es gibt 50 Räte in Niedersachsen, denen nicht eine einzige Frau angehört. Die Zahl der Bürgermeisterinnen liegt bei 8 %. Ich fürchte, das viele der Gründe, die Frauen davon abhalten, in der Kommunalpolitik Verantwortung zu übernehmen, auch andere Talente davon abhalten, sich zu engagieren. Dabei geht es um die Sprache, darum, wie wir miteinander umgehen, um Sitzungszeiten und Tagungsorte, um die Frage, wo eigentlich entschieden wird. Ist das am Urinal in der Pinkelpause, oder ist das hier im Parlament? Wenn wir das verändern, ist jede einzelne Ratssitzung einer Werbung fürs Mitmachen.

Werbung fürs Mitmachen könnte auch Bürgerbeteiligung sein. Da könnten Bürgerinnen und Bürger Lust aufs Mitreden bekommen. Sie könnten erkennen, mit welchen spannenden Themen sich Gremien beschäftigen. Sie könnten sich wünschen, mitreden zu dürfen. Dafür müssen wir aber die Kommunalpolitik wieder stärker in den Blick nehmen.

Kommunalpolitik - das sind nicht die da oben, sondern das sind besonders engagierte Bürgerinnen und Bürger. Dieses Bild ist in der Bevölkerung tatsächlich überhaupt nicht vorhanden. Das hat mit politischer Bildung, aber auch mit einer Einstellung den Kommunalpolitikern gegenüber zu tun. Mir hat mal ein Beteiligungsprofi erzählt: Wenn er Bürgerbeteiligungsveranstaltungen durchführt, hat er immer einen extra Raum, in dem er die Kommunalpolitikerinnen und -politiker wegsperrt, damit sie ihn nicht stören. Wie fürchterlich ist das denn! Auf welches Wissen wird da verzichtet! Wann haben wir eigentlich aufgehört, unsere gewählten Räte als die wahren Bürgerräte zu begreifen? Als Verein achten wir in unserer Arbeit immer darauf, dass die ehrenamtliche Kommunalpolitik immer das letzte Wort hat.

Den ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und -politikern macht diese Arbeit irgendwann keinen Spaß mehr, wenn die gesamten Bigpoints, die spannenden Entscheidungen, den Bürgerinnen und Bürgern übergeben werden. Irgendwann haben die Menschen dann keine Lust mehr, in die Politik zu gehen.

Es ist doch klar: Wenn wir als Bürgerinnen und Bürger bei den großen Themen ohnehin gefragt werden, muss ich mir nicht die Abende in Frakti-

onssitzungen um die Ohren hauen. Eigentlich ist das ganz einfach.

Damit bin ich, abschließend, bei einem kurzen Diskurs zur Attraktivität. Das ist auch Ihr Thema. So wie dies der Einsetzungsbeschluss beschreibt, haben auch wir das erlebt.

Meine Frau hat nach elf Jahren als Ortsbürgermeisterin aufgehört, Kommunalpolitik zu machen, als unser mittleres Kind da war. Wir mussten uns einfach entscheiden, wie wir unsere Abende verbringen. Wollen wir gemeinsam zu Abend essen und dann die Kinder zu Bett bringen, oder wollen wir auf Jahreshauptversammlungen Grünkohl essen und an Fraktionssitzungen oder Bereisungen teilnehmen? Für uns war die Entscheidung ganz klar. Das müsste doch aber nicht so sein. Warum nicht mal die Zeiten für Sitzungen variieren - mal morgens, ein anderes Mal nachmittags oder abends; abwechselnd? Die Verwaltungen hätten sicherlich auch nichts dagegen. Jede Uhrzeit ist immer für irgendjemanden blöd. Aber die Abendtermine treffen immer die Gruppe der jungen Familien besonders.

Warum nicht ab und zu eine Fraktionssitzung auch mal mit Videotechnik machen.? Corona hat das - dankenswerterweise - endlich möglich gemacht. Parlamentarische Demokratie eignet sich hervorragend für Videokonferenzen. Ob Helmut mit Ja oder mit Nein stimmt, sehe ich in seinem Zoom-Fenster. Dafür brauche ich keine komplizierten Verfahren.

Wenn ich zusammenfassend schaue, welche Gedanken wir uns im Verein gemacht haben, dann fällt mir auf, dass die meisten der Dinge keine Verfassungsänderung brauchen. Für die meisten Dinge wird wahrscheinlich noch nicht einmal eine andere Geschäftsordnung benötigt.

Es braucht eigentlich nur das Bewusstsein, dass unser alltägliches Handeln Wirkung hat. Wenn wir es schaffen, unser tägliches Handeln in den Ehrenämtern so zu gestalten, dass wir andere mit unserer Begeisterung anstecken, dann müssen wir uns um Nachwuchs und breite Beteiligung keine Sorgen machen.

Das Allerbeste ist: Auch uns wird das am Ende mehr Spaß machen, uns zu engagieren, und keine lästige Pflicht sein.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD): Vielen Dank für diesen schwungvollen Vortrag. Sie haben das sehr mitreißend dargestellt.

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU): Vielen Dank für Ihren Vortrag. Sie haben begonnen mit „Politik muss Spaß machen, muss begeistern“. Genau so ist es. Daran schließt sich aber die Frage an: Wie schaffen wir es denn, Schülerinnen und Schüler für Politik zu begeistern?

Sie haben in Ihrer schriftlichen Stellungnahme auch auf den Politikunterricht hingewiesen. Ich habe - ich habe das hier in der Kommission schon einmal geschildert - grauenhaften Politikunterricht erlebt, weil er nämlich mit dem echten Politikmachen vor Ort nichts zu tun hatte.

Meine Frage direkt an Sie: Wie begeistere ich Schülerinnen und Schüler? Kann oder sollte man aus Ihrer Sicht die Lehrpläne überarbeiten? Wie kommt Politik zum Anfassen an die Schülerin bzw. an den Schüler?

**Gregor Dehmel**: Wie kommt man an die Schülerinnen und Schüler heran? Das ist ganz einfach: Sie sind da. - Wir sind freier Träger der Jugendhilfe und machen Jugendarbeit, aber wir machen uns das System Schule zunutze. Dort begeistern wir sie für Demokratie, indem wir sie selber erleben lassen. Das ist das Spannende: Selber machen, selber mitreden, sich selber Gedanken machen.

Das Problem ist zentral: Das Schulbuch gilt für ganz Niedersachsen. Es gibt nicht ein Schulbuch für den Norden an der Nordsee und ein anderes Schulbuch für die Landeshauptstadt Hannover oder für Hildesheim. Da müssten die Lehrerinnen und Lehrer oder die Kommunen ran, wenn es darum geht, den Unterricht so zu gestalten, dass er praxisnah ist.

Dort, wo man am meisten erkennen könnte, wie es funktioniert, wird es am abstraktesten dargestellt. Das ist ein Problem. Das Geheimnis von „Pimp Your Town“ ist, dass wir erleben lassen, dass wir spinnen lassen, dass wir spielen lassen und dass die Kinder sehen: Wenn ich eine Idee habe, muss ich sie mit meinen eigenen Kollegen besprechen, dann muss ich einen Antrag schreiben, dann muss ich das in der vorbereitenden Ausschuss-AG besprechen, dann muss ich das nochmal mit in die Fraktion nehmen und im Ausschuss besprechen. Sie sprechen dann sieben- oder achtmal über das gleiche Thema. Eigentlich müsste man denken, dass wir in den Parlamenten komplett für plemplem gehalten werden. Aber die Schülerinnen und Schüler sehen: Das funktioniert! Das ist toll. Das ist wirksam. Am Ende

kommt tatsächlich etwas dabei heraus. Das müssten wir viel mehr machen. Wir müssten viel weniger Theorie machen und dafür viel mehr raus in die Praxis, in die Rathäuser gehen oder aber die Rathäuser in die Schulen kommen lassen.

Abg. **Bernd Lynack** (SPD): Ich habe ein wenig gezuckt, als Sie von mehr Bürgerbeteiligung gesprochen haben. Wir haben die Bürgerbeteiligung mit der letzten Novelle des Kommunalverfassungsgesetzes deutlich verbessert. Ich gehe nicht davon aus, dass Sie die Quoren für Bürgerentscheide und Bürgerbeteiligung ändern wollen, sondern dass Sie vielmehr möchten, dass die Menschen besser - vielleicht anders - informiert werden.

Damit bin ich schon bei dem nächsten Punkt, nämlich bei den Abendterminen. Viele Leute haben in den Abendstunden Feierabend und hätten die Möglichkeit, entweder in dem Livestream zu gehen oder aber sich in den Ratssaal zu setzen und dort zuzuschauen. Sie haben gesagt, dass gerade jüngere Leute gehindert seien, dorthin zu gehen. Wie kann man es erreichen, dass möglichst viele partizipieren können, wenn auf andere Zeiten ausgewichen wird?

Nun zu dem Umstand, dass Frauen in der Kommunalpolitik leider noch sehr unterrepräsentiert sind. Es geht darum, in jüngeren Jahren mehr zu begeistern und die Schwelle, von der Sie gesprochen haben, die darin besteht, dass Frauen wesentlich kritischer hinterfragen, niedrig zu halten, damit sie sich trauen, gegenüber ihren männlichen Pendanten kritisch zu hinterfragen.

Kriegen wir es in jungen Jahren gewuppt, das Interesse zu kitzeln, oder sagen Sie: Das wird sich generell so halten?

**Gregor Dehmel**: Lösungen dafür habe auch ich nicht.

Ich fange mit „Frauen in die Kommunalpolitik“ an, was uns ein echtes Anliegen ist. Es gibt verschiedene Ebenen:

Formale Repräsentation - Haken dran, das haben wir; Frauen dürfen wählen.

Deskriptive Repräsentation - wer regiert? Sind das Frauen? Ja, wir haben eine Bundeskanzlerin; es gibt Vorbilder, um sich daran zu orientieren.

Substanzielle Repräsentation - Inhalte, womit beschäftigt sich ein kommunales Gremium? - Die

Art, wie Politik gemacht wird, müsste Frauen mehr ansprechen als Männer. Ich muss netzwerken, ich muss schreiben, ich muss mich artikulieren. Es schreit danach, dass das Frauen machen.

Symbolische Repräsentation - das ist das Problem. Welche Klischees gibt es, welche Politikerbilder gibt es? Es geht auch um Sprache und Gepflogenheiten sowie um Rituale und Uhrzeiten.

Ich weiß nicht, ob wir das ändern können, indem wir Mädchen oder junge Frauen mehr an die Politik heranführen. Das kann helfen. Meistens geht es um eine erlernte Hilflosigkeit: Politik ist nichts für mich; das kann ich nicht; das müssen wir anderen überlassen. - Das selbstbestimmt Anpackende wird mehr in den Jungs geweckt. Mädchen hingegen werden eher politikferner sozialisiert. Da müssen wir ran. In unseren Planspielen sind die Mädchen diejenigen, die die Veranstaltungen rocken; nicht die Jungs. Die Jungs sind diejenigen, die sich nicht trauen zu reden. Das kommt irgendwann später. Ich habe keine Ahnung, wann. Wir müssen es für Frauen attraktiver machen. Dafür würde ich zunächst einmal an die Zeiten denken. Die Zeiten sind für irgendjemanden immer doof. Morgens muss ich dafür freigestellt werden und Arbeit nachholen. Abends grätscht es mir voll in die Familienzeit.

Und nachdem die Kinder ins Bett gebracht worden sind? - Wir kennen Gemeinderäte, die nach 19 Uhr tagen. Wer will sich denn aber nach einem Arbeitstag und einem halben Familientag noch konzentrieren?

Digitalisierung ist hier ein absolut sinnvolles Mittel. Es gibt Kommunen, die ihre Sitzungen live ins Intranet streamen. Ich habe mal bei den Kollegen in Goslar geschaut. Wir waren zu zweit, die in dem Moment gerade zugeguckt haben. Bei der Art und Weise, in der heute Sitzungen stattfinden, interessiert das niemanden. Das ist ungefähr wie eine Bundesratssitzung. Auch die würde sich kaum jemand im Fernsehen anschauen. Das müssen wir ändern. Wir müssen mehr erklären, wir müssen vorbereiten. Wir müssen journalistisch aufarbeiten, was vielleicht früher, als es noch Lokalredaktionen gab, vielleicht geschehen ist, was heute aber nicht mehr geschieht. Ich bekomme nicht erklärt, was im Rat passiert.

Was Ihre erste Frage angeht, so bekenne ich mich: Ich würde direktdemokratische Verfahren komplett streichen. Ich bin kein Freund direktdemokratischer Verfahren. Ich bin ein großer Freund

der parlamentarischen Demokratie. Die Aufgabe der Bürger und deren Rolle ist ganz klar, für sich selber zu sprechen. Alles andere würde sie überfordern. Ich kämpfe für meine Einstellung, also brauche ich irgendeine Ebene, die das Ganze im Blick hat: die Stadt, das Land, was auch immer. Diese Ebene muss stark werden.

Mir hat Carola Veit, die Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft mal gesagt, dass ihre Abgeordneten ganz unglücklich gewesen seien, weil die beiden großen Themen, die die Hansestadt in den letzten Jahren bewegt haben in der Bürgerschaft breit - mit Anhörungen, Expertenhearings etc. - diskutiert worden sind - es ging um die gemeinsame Grundschule bis zum 6. Schuljahr und um die Olympiabewerbung -, dann aber, nachdem die Bürgerschaft mit ihren Diskussionen fertig war, zum Volksentscheid gegeben worden sind.

Im Rahmen des Volksentscheides konnte nur ja oder nein gesagt werden. Es konnte aber nicht gesagt werden: Ja zu den Olympischen Spielen, aber unter diesen oder jenen Bedingungen. - Das war kein beratendes, kein deliberatives Verfahren, sondern es ging um Ja oder Nein, Hopp oder Top.

Denken Sie an Stuttgart 21. Mit Ja musste stimmen, wer den Bahnhof verhindert wollte.

Frau Veit hat gesagt, die Abgeordneten in der Hamburgischen Bürgerschaft waren außer sich, weil ihnen diese beiden großen Themen der letzten 20 Jahre aus der Hand genommen und von einem kleinen Häufchen Wählerinnen und Wählern für sich entschieden wurden.

Diejenigen, die von einer gemeinsamen sechsjährigen Grundschule profitiert hätten, sind nicht zur Wahl gegangen. Sie gehen auch sonst leider nicht zur Wahl. Das müssen wir ändern. Solange wir das nicht geändert haben, brauchen wir keine direkte Demokratie.

Abg. **Bernd Lynack** (SPD): Wenn ich Sie richtig verstanden habe, wäre es, wenn wir den Menschen immer mehr Bürgerbeteiligung im Sinne von mit abstimmen dürfen oder Letztentscheidungen treffen dürfen einräumen, ein Stück weit mit Interessenlosigkeit gegenüber unseren Vertretungen verbunden, die sich im Zweifel auch in Nachtsitzungen quälen, Kompromisse zu finden und möglichst alle Meinungen zu gewichten, um dann das für die Kommune möglichst Beste „un-

ter der Bedingung dass...“, herauszuholen, wie etwa im Fall der Olympiabewerbung oder der verlängerten Grundschulzeit in Hamburg.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE): Vielen Dank für Ihren inspirierenden Auftritt. Es kann zwar nicht die Qualifikationsvoraussetzung sein, Spaß und gute Laune zu verbreiten. Ich glaube aber, dass das ein ganz wichtiger Faktor ist.

Vielleicht muss sich Kommunalpolitik aber auch selbstkritisch fragen, ob es schlau ist, immer wieder zu erzählen, wie anstrengend und quälend der Job sei. Ich glaube, man muss dringend mehr über die Erfolge reden.

Ich freue mich z. B. immer, wenn ich an Projekten vorbeifahre, von denen ich weiß, dass auch ich meine Aktien daran habe, etwa ein Fahrradweg oder eine toll sanierte Schule.

Was bringt Kinder Ihres Erachtens am meisten dazu, eine positive Demokratieerfahrung zu erleben? Ich habe verstanden, dass Sie viel Simulationsspiele im besten Sinne des Wortes machen.

Wir haben die Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung angehört, die uns gesagt hat, dass politische Bildung mehr ist als einfach nur die Wissensvermittlung, dass es insbesondere auch darum geht, dass Menschen spüren müssen, dass sie wirksam sind. Damit bin ich wieder bei der schwierigen Frage, Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen.

Wir reden von Schülerinnen und Schülern und von jungen Menschen. Ich kenne viele tolle Partizipationsprojekte nicht im Sinne eines Bürgerentscheides, sondern in dem Sinne: Ich kümmere mich um meine unmittelbare Umgebung. Ich gestalte den Spielplatz, die Nachbarschaft, das Quartier, die Schule mit. - Ich glaube, dass das ganz wichtig ist. Die meisten von uns hier waren sicherlich in der Schülerinnen- und Schülervertretung, im AStA, in der Azubi-Vertretung. Frühzeitig zu merken, dass man etwas erreichen kann, ist eine ganz wichtige Sache. Vielleicht können Sie noch mal über Ihre konkreten Erfahrungen berichten.

Sie haben etwas Interessantes gesagt, das aber wohl ein Stück über Ihre Arbeit hinausgeht. Die meisten Bürgerinnen und Bürger erleben Kommunalpolitik als abgehobene Politik wie ein Raumschiff Berlin. Dabei sind das aber die Nachbarn von nebenan. Was könnte man ändern, um die Nähe wiederzufinden? Vielleicht gab es sie

früher stärker. Ich weiß das aber nicht. Ich habe immer eine Distanz empfunden. Wenn über Politikerinnen und Politiker gesprochen wurde, war auch früher schon eine große Distanz.

**Gregor Dehmel:** Ja. Es muss viel mehr über die Erfolge gesprochen werden.

Auch ich habe früher immer erzählt: Ratsherr in Hannover - das ist nebenbei noch einmal ein 40-Stunden-Job. Ich habe damals in der Opposition gesessen und hatte keine Erfolge. Eigentlich müsste man über alles, was ein Ortsrat beschließt, ein großes Schild mit einem Pfeil machen, um z. B. zu zeigen: Diese Bank, auf der du hier sitzen kannst, ist nicht vom Himmel gefallen, sondern das hast du dem Ortsrat zu verdanken. Gabi und Helmut haben das beschlossen. Das hat auch etwas mit Bildung zu tun. Wenn ich nicht weiß, welche Ebene wofür zuständig ist, und wenn ich nicht weiß, dass kommunale Selbstverwaltung ein so großes Feld, ein solch großer Möglichkeitsraum ist, dann denke ich, es ist vom Himmel gefallen, dass der Bus plötzlich dort hält oder dass er auch öfter fährt.

Wir müssen also viel mehr über die Erfolge sprechen. Aber das funktioniert im Schulunterricht nur mit Material, das für die jeweilige Kommune entwickelt worden ist.

Wenn ich im Schulbuch abstrakt etwas über den Aufbau von Rat und Verwaltung - schematisch dargestellt - lese, hat das doch mit meinem Leben nichts zu tun. Da müssen wir ran. Wir müssen die Kommunalpolitik ins Leben holen. Wir müssen verstehen, was passiert, und wir müssen verstehen, was gemacht wurde.

Mitreden und mitentscheiden ist in der Tat ein Problem.

Bei „Pimp Your Town“ schreiben die Schülerinnen und Schüler ihre Anträge und arbeiten mit den Politikerinnen und Politikern zusammen. Die Damen und Herren aus der Kommunalpolitik übernehmen das dann in dem Sinne: Mein Team hat das beschlossen. - Dabei ist es völlig egal, ob das eine Schüleridee war oder eine Idee, die von einer Kommunalpolitikerin oder einem Kommunalpolitiker kam. Wir machen gerade mit der Hertie-Stiftung ein Projekt „Jugend entscheidet“. Das ist die Schwester von „Jugend debattiert“. Jugendliche sollen entscheiden. Aber die Kommunalpolitik hat dort das erste Wort. Sie gibt Entscheidungen in einem bewussten Akt ab: Ihr macht das jetzt!

Die Kommunalpolitik sagt: Das dürft ihr entscheiden. - Das finde ich wichtig.

Was die Abgehobenheit der Kommunalpolitik betrifft, habe ich keine Ahnung, ob es früher bürgerlicher war. Ich habe einen Ortsrat vor Augen, der immer in einer Kneipe tagte. Wir waren als Schüler dort. Bevor überhaupt die Tagesordnung aufgerufen wurde, hatte jeder ein Glas Bier vor sich, und es wurden Bratkartoffeln mit Sülze serviert. Das war wahrscheinlich bürgernäher. Ich weiß aber nicht, ob das auf die Zielgruppen, die wir jetzt erreichen wollen, attraktiver wirken würde.

Wir fragen in dem Einstieg zu unseren Planspielen immer: Was meint ihr denn, was ein Ratsmitglied verdient? - Die Antworten beginnen so etwa bei 4 000 Euro. Dass das irgendjemand ehrenamtlich machen könnte, ist wohl mal im Schulunterricht gesagt worden, ist aber nicht in die Köpfe gedrungen. Eigentlich müssten wir sie kennen. Wahrscheinlich müsste sich jeder Kommunalpolitiker eine Mütze aufsetzen oder einen Button anstecken, damit er z. B. bei Penny in der Kassenschlange erkannt und angesprochen werden kann. Wahrscheinlich war das früher anders.

Ich weiß, dass meine Frau früher morgens nicht zum Brötchenholen zum Bäcker gegangen ist, weil sie zumindest am Wochenende ihre Ruhe haben wollte. Natürlich wurde sie von allen Seiten angesprochen. Das ist irgendwie ein Stück weit anonym geworden.

Es gibt aber auch andere Beispiele. Es gibt Bezirksbürgermeister bzw. Bürgermeister, es gibt Ratsmitglieder, die die Sozial Media nutzen, um wirklich hinter ihre Kulissen gucken zu lassen. Henning Hofmann ist dafür ein tolles Beispiel. Als er noch Bezirksbürgermeister hier in Hannover war, hat er uns jedes Mal bei dem, was er gemacht hat, mitgenommen. Das finde ich ganz fantastisch. So etwas sollte man viel mehr machen. Dafür sollte man viel mehr Zeit einplanen.

Die Schülerinnen- und Schülervvertretungen. Innerschulische Demokratie - Ja! - ist ein wunderbarer Touchpoint. Ich war bei einer Elternvertreterwahl. Das ist eine wunderbare Chance. Alle zwei Jahre hätten dort breiteste Bevölkerungsschichten Kontakt zu Demokratie: wählen, gewählt werden, kandidieren, sich eine Meinung bilden, sich in Abstimmprozessen befinden. - Das wäre ganz fantastisch. Die Realität sieht aber ganz jämmerlich aus. Niemand weiß so richtig,

wie das geht. Kaum jemand kann das anleiten. Die Verfahren sind schlecht.

Ich habe gefragt: Was macht man in der Fachkonferenz? - Die Antwort war: Das ist nicht schlimm. Die Fachkonferenz tagt nur einmal im Jahr. - Auch Gesamtkonferenzen sind - inner-schulische Demokratie - eine tolle Einrichtung: Lehrer, Schüler, Eltern - alle miteinander bestimmen die Geschicke der Schule. Mein Sohn ist Mitglied der Gesamtkonferenz. Er hat kein Wort von dem verstanden, was dort gemacht wurde. Er war sehr frustriert. Warum wird er eingeladen? Wenn die Lehrer das unter sich machen wollen, dann sollen sie es machen.

Wenn wir solche Beteiligungsgremien haben, dann müssen sie auch ernstgenommen werden, dann müssen sie geöffnet werden.

**Karl-Heinz Banse:** Bei den Feuerwehren haben wir uns Gedanken darüber gemacht, wie wir mehr und neue Mitglieder gewinnen können. Wir sind dann auf die Schulen zugegangen. Im Bereich Weser-Ems haben wir zusammen mit den berufsbildenden Schulen eine Truppmannausbildung im Rahmen von Wahlpflichtkursen angeboten. Daran haben übrigens auch sehr viele Schülerinnen teilgenommen. Das Ganze ist sehr erfolgreich gelaufen. Wir können ein positives Feedback melden, dass wir auf diesem Wege neue aktive Kräfte gewinnen konnten; weibliche wie auch männliche. Das war eine tolle Sache.

Wir müssen also die Politik mehr in die Schulen bringen und dürfen das Ganze nicht so kompliziert darstellen.

Ich erinnere mich noch an meine politische Ausbildung in der Schule. Ich wusste besser, wie die Griechen getagt haben oder wie das Parlament in der Weimarer Republik getagt hat als der Deutsche Bundestag. Vielleicht sollte man einmal darüber nachdenken, wie man den Kindern klarmachen kann, wie Kommunalpolitik funktioniert, was ein Rat bewegen kann und was nicht. Man hört tatsächlich immer nur Negatives: ewig lange Sitzungen, nur Streitereien. Es geht nur um Kompetenzen, aber es kommt nichts dabei rum.

Abg. **Bernd Lynack** (SPD): Ich möchte noch einmal auf die Beteiligung von Frauen in der Politik zurückkommen und auf die Beteiligungsmöglichkeiten überhaupt. Ich möchte dabei den Blick nicht nur auf junge Familien richten. Im gesamten Leben gibt es immer wieder Phasen, die einen

davon abhalten, sich auch kommunalpolitisch zu engagieren. Dabei spielen Zeiten eine große Rolle. Dabei spielt aber auch die Arbeitsbelastung eine große Rolle. Sie haben unter Hinweis auf Ihre eigene kommunalpolitische Zeit und die Zeit Ihrer Frau als Ortsbürgermeisterin gesagt, dass ein Stück weit mehr dahinter hängt und die Freizeit immer weniger wird. Wenn dann Familienpflegezeiten, Kindererziehungszeiten und sonstiges hinzukommen, kommt noch einmal ein riesen Wupp obendrauf.

Sind Wahlperioden von fünf Jahren, wie wir sie in Niedersachsen haben, dafür förderlich, oder stellen sie eher Hinderungsgründe dar? Warum trauen wir es uns nicht zu, Mandate paritätisch zu besetzen und als Tandem zu kandidieren?

Ich bilde einmal folgendes Beispiel: Ich bewerbe mich um ein Mandat, weiß aber schon, dass ich während der Mandatszeit Familienpflegezeiten haben werde. Mit dem bisschen an freier Zeit, über die ich noch verfüge, könnte ich mich aber einbringen. Eine Kollegin von mir ist gerade in der Kindererziehung und sagt: Den anderen Part könnte ich übernehmen. Also teilen wir uns das auf. - Sind das Dinge, die Politik interessanter machen könnten, oder ist das aus Ihrer Sicht Quatsch?

**Gregor Dehmel:** Solche Ideen finde ich sehr spannend. Ich würde den Abstimmungsprozess innerhalb solcher Tandems schwierig finden. Zwei Personen haben nur eine Stimme im Rat? Das fände ich sehr, sehr schwierig.

Eine Wahlperiode von fünf Jahren ist sehr lang, zumal die Lebensabschnitte immer kürzer werden und auch die berufliche Verlässlichkeit immer geringer wird. Dort, wo ich meine Ausbildung gemacht habe, werde ich wahrscheinlich nicht in Ruhestand gehen. Auf der anderen Seite habe ich umso mehr Erfahrung, je länger ich dabei bin, und desto mehr kann ich mich einbringen, und desto mehr Zusammenhänge kann ich begreifen.

Vielleicht wären vier Jahre oder dreieinhalb Jahre ein guter Kompromiss.

Spannend finde ich die Frage, wie die Arbeitsbelastung von Ratsmitgliedern reduziert werden kann. In diesem Zusammenhang möchte ich auf den Umfang und die Qualität der Vorlagen, die die Ratsmitglieder bekommen, zurückkommen. Wenn man seine Arbeit ordentlich machen will,

dürfte man den ganzen Tag eigentlich nichts anderes machen, als Drucksachen zu lesen.

In einer Stadt wie Hannover mit über 500 000 Einwohnern - ich möchte gar nicht wissen, wie das in der Region Hannover ist -, gibt es stapelweise - 5 000 bis 6 000 - Drucksachen pro Jahr. Langfassungen werden im Interesse der Rechtssicherheit benötigt. Das ist alles gut. Aber das überfordert Ehrenamtliche unglaublich. 90 % der Sachen, über die abgestimmt wird, wurden nicht gelesen oder verstanden. Wenn es da verlässliche Zusammenfassungen gäbe! Ich brauche den Vortrag. Ich brauche die Erklärung. Ich brauche andere Formate, so etwas vermittelt zu bekommen. Ich brauche vielleicht jemanden aus der Verwaltung, der mir möglicherweise per Video deutlich macht, worum es geht. Wenn wir hier die Zeiten reduzieren könnten, wäre schon viel geholfen.

Abg. **Bernd Lynack** (SPD): Stimmen Sie mir darin zu, dass das Ehrenamt in der Kommunalpolitik unbedingt hauptamtliche Unterstützung braucht?

**Gregor Dehmel**: Ja. Ganz unbedingt! Ich habe den direkten Vergleich in meiner Familie gehabt. Auf der einen Seite der Rat der Landeshauptstadt Hannover mit einer Fraktionsgeschäftsstelle und Mitarbeitenden, die Sachen vorbereiten konnten. Auf der anderen Seite der Rat der Gemeinde Isernhagen. Bei 24 000 Einwohnern sind die Ratsmitglieder auf sich gestellt.

Das Büro des Bürgermeisters macht Sitzungsmanagement. Aber dort werden keine Anträge geschrieben und auch nichts gesichtet oder auch keine Termine gemacht. Das Ehrenamt braucht viel stärker hauptamtliche Unterstützung etwa durch Fraktionsreferentinnen und Fraktionsreferenten.

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU): Wir sind hier, um die Rahmenbedingungen zu verbessern, also insofern auch konkrete Hinweise aufzunehmen. Einige Hinweise gab es ja bereits.

Ich möchte auf zwei Themen, die bereits angesprochen worden sind, zurückkommen. Sie haben gesagt: Wir kriegen Politik nicht erklärt. Wer wen wählt und wer im Rathaus wofür zuständig ist, das lernt man alles. Das lässt man über sich ergehen, und dann hakt man das Thema ab. Aber wie kriegen wir Politik vor Ort erklärt? Ich bin sehr interessiert an Ihrer Meinung hierzu.

Ich habe jetzt zum wiederholten Mal nach. In der Sitzung mit dem MK wurde, wahrscheinlich versehentlich, etwas darüber hinweggegangen. Mir geht es um das Kerncurriculum. Sollte man das Kerncurriculum - wenn ja, wie - überarbeiten, um Politik praktisch zu gestalten?

Als ich anfang, Politik zu machen, hatte auch ich den sehr despektierlichen Satz auf den Lippen: Der Ortsrat entscheidet darüber, wo ein Blumenbeet entsteht. Aber die wirklich wichtigen Dinge macht er nicht. - Was für ein Bullshit, auf Deutsch gesagt. Aber so ist das Empfinden bei vielen vor Ort. Dazu die spannende Frage: Wie kriegen wir das praktisch so erklärt, dass den Menschen vor Ort bewusst ist, wie relevant insbesondere die Kommunalpolitik ist?

Ein zweites Problem, das ich gern ansprechen möchte - das ist schon tangiert worden -, betrifft das Verhältnis zwischen hauptamtlicher Verwaltung und ehrenamtlichen Ratspolitikern. Im Rathaus sitzen Leute, die - wieder etwas gemein formuliert - acht Stunden am Tag nichts anderes machen, als Vorlagen so zu formulieren, dass die Ehrenamtlichen am Ende Ja sagen, am besten aber keine Fragen stellen. Dann wird es nämlich gefährlich. Wie kann man das Spannungsverhältnis zwischen Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen so gestalten, dass die Ehrenamtlichen erstens wissen, worüber sie reden und zweitens auf Augenhöhe mit der Verwaltung agieren? Das ist mitunter zumindest nicht in jedem Rat so gegeben, wie es die Verfassung eigentlich vorsieht. Souverän sind die Wähler, die den Rat wählen, der dann zu entscheiden hat.

In der Praxis - das wissen wir alle - macht die Verwaltung die Politik - die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister -, und der Rat ist dafür da, das gut zu finden, was die sich vorher ausgedacht haben.

Ich würde gern wissen, wie Sie das Problem betrachten und ob Sie Ideen haben, das zu verändern.

Drittens möchte ich einen Dank aussprechen. Ich gehe davon aus, dass Sie nicht in dem Sinne gegen Bürgerbeteiligung sind, wie das vielleicht geklungen hat. Aber ich finde den Hinweis berechtigt, dass man über Bürgerentscheide nachdenken muss. Sie sind ein wichtiges Instrument. Sie müssen und werden - in welcher Form auch immer - bleiben. Aber natürlich stimme ich Ihnen zu: Je mehr wir die Wähler entscheiden lassen, desto

mehr wird die Kommunalpolitik unspektakulär nach dem Motto - um auf meine Eingangsbemerkung zurückzukommen -: Der Rat entscheidet nur über das Blumenbeet, die wirklich wichtigen Dinge entscheiden die Wähler selbst.

Ich finde diesen Hinweis sehr gut und bin Ihnen dafür sehr dankbar.

**Gregor Dehmel:** Das Kerncurriculum sieht irgendwann zwischen dem 7. und 9. Jahrgang - je nach Schulform - die Politik im Nahbereich - so heißt das motivierend - vor. Vorgesehen ist, dass sich die Schülerinnen und Schüler mit Politik im Nahbereich beschäftigen. Sie müssen sich mit Kommunalpolitik beschäftigen. Was fehlt - das hatte ich schon gesagt - sind die Materialien. Es hängt sehr vom Engagement der Lehrerinnen und Lehrer ab, da etwas zu machen.

Eines unser am meisten nachgefragten Projekte in Hannover ist „Rathaus live“. Wir machen einen Crashkurs Kommunalpolitik. Wir laden eine Politikerin/einen Politiker in die Schulklasse ein. Dann gehen wir ins Rathaus, machen dort eine Rally und besuchen die Politikerin/den Politiker in ihrem/in seinem Ausschuss. Mehr machen wir nicht. Das könnte jede Lehrerin, jeder Lehrer selbst machen. Dafür brauchen sie nicht uns. Dafür ist aber bei all dem, was man den Lehrerinnen und Lehrern aufbürdet, keine Zeit. Das müsste irgendjemand machen. Wir könnten das machen; Sie befinden sich gerade in den Haushaltsberatungen. Also!

Da kommt eine weitere Aufgabe auf die Räte zu. Vielleicht ist das aber auch eine Verwaltungsaufgabe. Vielleicht ist das eine Aufgabe für das Hauptamt. Es müsste viel mehr erklärt werden, was gemacht wird, wie es gemacht wird und warum es gemacht wird. Vielleicht müsste ein eigenes Medium geschaffen werden. Vielleicht müsste ein Fernseher in ein Rathausfenster gestellt werden, um einfach zu erklären: Womit beschäftigen wir uns gerade?

Spannend ist es doch, zu sehen, womit, mit welchen spannenden Themen, sich die Kommunalpolitik gerade - nicht nur mit Blumenbeeten - beschäftigt. Dann habe ich doch vielleicht Lust, mitzumachen.

Jedes Ratsmitglied ist aufgefordert, in Sozial Media zu erklären: Heute besuche ich einen Kindergarten, weil wir dort ein neues Klettergerüst aufgestellt haben. Das schaue ich mir an. - Das

macht - ganz nebenbei - auch noch Werbung für die nächste Kommunalwahl. Mehr Gewinn ist eigentlich gar nicht möglich.

Die Dualität von Verwaltung und Politik ist ein ganz großes Problem. Ich komme aus einer Zeit, in der die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die für den Rat zuständig waren, einen eher dienenden Charakter hatten. Sie waren unfassbar überparteilich, und es war klar: Du wirst von denen unterstützt. - Das hat sich geändert. Die Verwaltung ist - ob bewusst oder unbewusst - politischer geworden. Ich bekomme nicht alle Informationen, die ich brauche. Auch früher schon standen die Punkte, die die Verwaltung durchbekommen wollte, auf der langen Tagesordnung im letzten Drittel, also dort, wo du noch nicht so genau hinschaust, also nicht am Ende, aber dort, wo du schon keine Kraft mehr hast zu lesen. Dort sind die wichtigen Punkte, die die Verwaltung durchbekommen will, ohne dass der Rat darauf schaut.

Ich habe drei Ideen, wie man dagegen vorgehen kann. Zum einen geht es darum, Ratspolitikerinnen und Ratspolitiker besser zu schulen, also ihnen wirklich Handwerkszeug zu geben. Wir bilden Verwaltungen fort. Die Bürgerinnen und Bürger sind bestens organisiert. In Bürgerräten werden sie von Experten beraten.

Außerdem braucht es wahrscheinlich eine unabhängige Instanz. Das könnte das Hauptamt sein. Das könnte eine Fraktionsgeschäftsstelle sein, die ihre Politiker unabhängig oder ein bisschen parteilich in dem, was sie tun, berät. Es geht hier um Leute, die an der Schnittstelle zwischen Politik und Verwaltung sind, aber nicht selbst Verwaltung sind. Die Verwaltung spricht immer mit einer Stimme. Das ist die Stimme des Bürgermeisters oder Oberbürgermeisters. In diesem Fall ist das nicht wirklich zielführend.

Zu den Bürgerentscheiden. Ich bin viel mehr für deliberative Verfahren, bei denen ich Politik von Bürgerinnen und Bürgern beraten lasse, als für Ja-oder-Nein-Entscheidungen.

In einem deliberativen Verfahren, bei einem Bürgerrat, kann ich Kompromisse finden, da kann ich die Aushandlungsprozesse nachvollziehen. Am Ende muss man aber sagen: Wenn ihr wirklich entscheiden wollt, dann denkt an die Kommunalwahlen. Die Parteien stellen gerade ihre Listen auf. Ihr könnt auch allein kandidieren. In Hannover braucht man, glaube ich, 1 500 Stimmen, um

direkt in den Rat gewählt zu werden. Das ist für jeden machbar.

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU): Ich komme zurück auf das Kerncurriculum. Ich weiß, dass es immer das gesamte Land betrachten muss. Würden Sie sich eine Änderung des Kerncurriculums in dem Sinne wünschen: Liebe Lehrerinnen und Lehrer, greift euch die Politik vor Ort. Arbeitet mit denen zusammen. - Oder würden Sie so etwas nicht wollen?

**Gregor Dehmel:** Ja, bitte! Die Lehrerinnen und Lehrer brauchen aber auch Zeit zur Vorbereitung. „Bevor du Politik im Nahbereich machst, hast du einmal im Jahr acht Unterrichtsstunden für die Vorbereitung des Themas. Guckt, wer im Rat als Ansprechpartner zur Verfügung steht.“ - Die Schnittstelle zwischen Rathaus und Schule wäre in vielen Fächern möglich. Es gibt in den Rathäusern tolle Expertinnen und Experten.

In meiner schriftlichen Stellungnahme habe ich das Beispiel einer Kommune in der Region Hannover genannt, die sich den Schulcampus mit dem Rathaus teilt. Lehrerinnen und Lehrer sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltungen rauchen gemeinsam unter einem Heizpilz. Bis wir dort waren, hatte es nie einen Kontakt gegeben. Es war nie eine Schulklasse im Rathaus bei einer Sitzung, und es waren - abgesehen von der Schulsekretärin und dem Hausmeister - keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung an der Schule.

Wenn es etwa um Umweltfragen oder Energiefragen geht, gibt es im Rathaus tolle Experten. Für das Thema Stadtplanung sitzen im Rathaus die Experten. Also holen wir sie doch an die Schulen! Verpflichten wir doch jede Kommune, eine Liste von Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern zu bestimmten Themen, die im Unterricht vorkommen, vorzuhalten! Die können angerufen werden und dann vielleicht mal freigestellt werden, um für eine Stunde in eine Schulklasse zu kommen. Das wäre ganz einfach.

**Dagmar Hohls:** Ich möchte Herrn Schepelmann unterstützen, der mehrfach von schlechtem Politikunterricht gesprochen hat. Sie haben recht, Herr Schepelmann. Es gibt aber auch guten Politikunterricht. „Guter Politikunterricht“ heißt: in der Schule ab Klasse 5 eine Woche lang Planspiele auf einer thematischen Ebene, die im Interessensgebiet der Schüler liegt. Im Rahmen eines solchen Planspiels könnte z. B. an einem Montag

damit begonnen werden, Parteien zu gründen. Die Schülerinnen und Schüler würden also lernen, wie Parteien gegründet werden. Als nächstes könnten sie Listen aufstellen. Dann könnten sie ein Parlament gründen, und in diesem Parlament könnten sie Anträge einbringen, und zwar jeweils bezogen auf ihr Interessensgebiet. Wir haben früher für eine Raucherecke gekämpft. Das ist heute nicht mehr in. Die Schülerinnen und Schüler könnten Anträge stellen für irgendetwas, was sie gern in der Schule wollen. In dieser Woche lernen sie, wie sie ihre Interessen praktisch einbringen und in einem demokratischen Prozess verwirklichen können.

Sehen Sie mit Ihrem Verein die Möglichkeit, in Schulen zu gehen und so etwas in Schulen zu machen, und zwar nicht mit Politikern?

**Gregor Dehmel:** Wir erreichen mit unseren Projekten jedes Jahr bundesweit etwas über 10 000 Schülerinnen und Schüler direkt. Ja, wir gehen in Schulen! Wir holen aber auch Politikerinnen und Politiker dazu; und zwar nicht, damit sie den Schülerinnen und Schülern ihre Meinung mitteilen, sondern damit sie die Schülerinnen und Schüler beraten. Welche Gepflogenheiten gibt es im Rat? Wie schaffe ich Mehrheiten? Die Expertinnen und Experten dafür sitzen in den Räten. Eine solche Begegnung will ich haben. Ich würde nicht darauf verzichten wollen.

Eine Woche Planspiele würde ich gerne machen. „Pimp Your Town“ dauert drei Tage. Das ist das absolute Maximum dessen, wofür ich eine Schulklasse aus dem Unterricht bekomme. In der Zeit fällt u. a. Mathematik aus. Sie haben das im Lockdown gesehen. Welche Unterrichtsfächer gab es denn noch? Es gab Mathe, Englisch und Deutsch; sonst nichts. Wenn Schule reduziert wird, wird sie auf Mathe, Englisch und Deutsch reduziert. Wie traurig ist das denn! Es gab keinen Politikunterricht, es gab keine Gesellschaftskunde. Das hat es nicht gegeben. Diese Fächer sind während des Lockdowns ausgefallen.

Wir machen zum hundertsten Todestag von Hannah Arendt ein großes virtuelles Projekt hier im Rathaus. Mir hat eine Schule zwei Tage vorher abgesagt, mit der Begründung, dass an dem einen Vormittag zu viel Unterricht ausfallen würde. Das ist die Realität.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE): Wenn man über das Kerncurriculum spricht, wäre es gut, darüber zu reden, wie man es abspecken könnte. In der

Schule fehlt unglaublich viel Freiraum. Wenn ich meine Schulzeit mit der meiner Kinder vergleiche, komme ich zu dem Ergebnis: Sie haben es viel schwerer als ich es hatte. Sie erfahren viel mehr Verdichtung. Wir hatten unglaublich viele Freiräume. - Das fehlt Kindern heute mehr denn je. Deswegen zucke ich immer wieder zusammen, wenn es um die Frage geht, was noch in das Kerncurriculum aufgenommen werden könnte. Es darf nicht noch mehr werden. Darüber herrscht sicherlich Einigkeit. Bei Ihnen schimmerte durch - das ist aber ein ganz weites Feld der Schul- und Bildungspolitik -, man müsse projektorientierter und interdisziplinärer herangehen. Es stimmt: Die Kommune ist eigentlich ein wunderbares Handlungsfeld, auf dem ganz viele verschiedene Komponenten zusammenkommen könnten. Das würde aber, so glaube ich, die Enquetekommission überfordern. Vielleicht müssten wir eine Enquetekommission eigens für das Thema Bildung auf den Weg bringen.

Was einen Punkt betrifft, bin ich skeptisch. Sie haben gesagt, die ehrenamtlichen Politikerinnen und Politiker könnten prima selbst soziale Kanäle bedienen. Eigentlich kann man nur einen Kanal oder zwei Kanäle bedienen. Heute ist aber mehr denn je ein Multichanneling gefragt. Ich muss trotzdem analoge Veranstaltungen besuchen. Vielleicht bräuchte man innerhalb der Räte eine Arbeitsteilung. Die einen machen Facebook, die anderen machen TikTok, und andere wiederum gehen zum Schützenverein oder zum Stammtisch.

Was hauptamtliche Unterstützung angeht, so würde ich mich eindeutig für Parteilichkeit aussprechen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die Ratsmitglieder unterstützen sollen, müssen nah an den Fraktionen sein. Ich habe viele Jahre gebraucht, bis ich gemerkt habe, dass mich Verwaltung genial manipulieren kann. Die Verwaltung ist immer vorn. Das ist einfach so. Das passiert - bei allem Respekt vor denen, die dort arbeiten - automatisch.

Wie gehen Sie methodisch vor, um vor allem Kinder zu erreichen, die eine größere Distanz haben, weil sie von zu Hause weniger Bildungskapital mitbringen, weil sie einer Gruppe angehören, die ohnehin unterrepräsentiert ist? Häufig spielen kulturelle oder sprachliche Barrieren eine Rolle. Gibt es spezielle Möglichkeiten, gerade solche Kinder und Jugendlichen anzusprechen und zu mobilisieren?

In Ihrer schriftlichen Stellungnahme oder auf Ihrer Website war die Rede von einer App. Wie setzen Sie diese ein?

**Gregor Dehmel:** Ich würde für Projektunterricht plädieren. Dort könnte man alles zusammenführen. Ich mache ein Planspiel, habe die Idee, irgendwo neben dem Spielplatz einen Trinkwasserbrunnen aufzustellen. Dann kümmere ich mich darum, was alles geschehen muss, damit dieser Trinkwasserbrunnen wirklich realisiert wird. Woher kriege ich das Geld, woher kommt das Wasser. Es gibt Richtlinien für die Wasserqualität. Das Wasser muss getestet werden.

Plötzlich haben wir es mit intrinsisch motiviertem Lernen zu tun. Solches Lernen wird in der Schule aber quasi schon in der ersten Klasse abgestellt. Wenn 20 Kinder das Gleiche machen müssen, dürfen sie nicht intrinsisch motiviert sein. Vielmehr müssen sie darauf getrimmt sein, von der Lehrerin einen Smiley zu bekommen. So habe ich das zumindest bei meinen Kindern erlebt.

Wir machen das spielerisch. Dafür gibt es keine spezielle Methode. Der Crashkurs Kommunalpolitik funktioniert mit Erstklässlern. Er funktioniert - etwas sprachärmer - mit Geflüchteten. Ein Team von uns kommt gerade aus Weiterstadt zurück. Dort hat gerade das Projekt „Next Step: Democracy!“ mit Geflüchteten, ganz frisch hier in Deutschland Angekommenen stattgefunden, um sie kommunale Selbstverwaltung erleben zu lassen. Wenn es eine deutsche Leitkultur gäbe, wäre dies die kommunale Selbstverwaltung. Dass eine Kommune selbst etwas bestimmen kann, ist für viele unvorstellbar.

Es gibt nicht die *eine* Methode. Spielen lassen! Eigene Ideen entwickeln lassen. Auch da ist Kommunalpolitik toll. Die Erstklässlerin, die zur Schule geht, weiß, ob auf ihrem Schulweg ein Zebrastreifen fehlt. Der Geflüchtete, der erst seit fünf Tagen hier in Deutschland ist, weiß, was auf kommunaler Ebene noch an Potenzial da wäre. Wir bringen sie - das klingt langweilig - in parlamentarische Methoden. Sie schreiben ihre Anträge. Irgendjemand kann schreiben. Die übersetzen sich das gegenseitig. Das funktioniert. Ich melde mich; ich komme auf die Rednerliste; alle müssen mir zuhören. Am Ende hat jeder eine Stimme. Dafür brauche ich keine fancy Methode. Das ist inklusiv, das ist fantastisch. Das funktioniert.

Was unsere App angeht, so habe ich gesagt, dass wir überall kleine Demokratieerfahrungen

schaffen wollen. Demokratieerfahrungen sind zu selten. Sie sind im Vorstand Ihres Sportvereins und planen das Sommerfest. Die Mitglieder sind froh, dass sich jemand gefunden hat, der die Vorstandsarbeit macht. Vor Mitgliederversammlungen mit Vorstandswahlen graut es vielen. Das sind nicht gerade die Hochämter der Demokratie. Die Vorstandsmitglieder sitzen also zusammen und planen das Sommerfest. Nun stellt sich die Frage, ob in diesem Jahr nur vegetarisch gegrillt werden soll. Das entscheidet der Vorstand. Darüber lässt der Vorstand nicht die Mitglieder entscheiden. Das kann ich mit unserer Mitrede-App PLACEm machen. Das kann ich auch mit anderen Methoden tun, aber mit unserer App geht das besonders einfach und auch datenschutzkonform. Ich schicke den Mitgliedern eine Push-Nachricht. Die Mitglieder stimmen darüber ab, ob sie das gut finden oder nicht, und bekommen dafür Punkte. Diese Punkte können sie auf dem Sommerfest etwa gegen einen vegetarischen Gemüsespieß einlösen. So macht Beteiligung Spaß. Die Mitglieder sind direkt beteiligt und sehen: Damit beschäftigt sich unser Vereinsvorstand. Dort möchte ich mitreden. Das nächste Mal kandidiere ich.

Das war jetzt eine Kurzfassung. In Wirklichkeit ist das nicht so einfach. Über Digitalisierung in Deutschland im Jahr 2020 müssen wir nicht reden. Die App heißt PLACEm.

Abg. **Ulrich Watermann** (SPD): Aus Ihrem Vortrag und Ihren Antworten resultiert im Prinzip: mehr Selbstbewusstsein, mehr Freude sowie experimentieren!

Nach meiner Erfahrung kann man Kinder und Jugendliche gerade dann besonders motivieren, wenn man sie mitnimmt, wenn man sie teilhaben lässt.

Ich habe das Glück, dass ich als Landtagsabgeordneter Schülerpraktika betreuen darf. Die meisten, die mal eine Abgeordnete oder einen Abgeordneten eine Woche lang oder für 14 Tage begleitet haben, bleiben an der Politik hängen. Vielleicht wäre es ja eine Idee, gerade auch die Kommunalpolitik für solche Praktika zu öffnen. Ich habe lange dafür kämpfen müssen - ich bin nun auch schon einige Jahre in der Kommunalpolitik tätig -, dass Schülerinnen und Schüler zu den Sitzungen - auch zu den Verwaltungsausschusssitzungen - mitkommen können.

Sie haben richtigerweise darauf hingewiesen, dass wir als Politiker das eigentlich selbst in der

Hand haben. Ein Politiker muss nicht abschreckend wirken, aber er kann motivieren. Vielleicht kann man ja im Rahmen Ihres Projektes, das ich wirklich sehr interessant finde, an Schulen eine Situation herstellen, in der Schülerinnen und Schüler Ratsmitglieder oder Kreistagsmitglieder begleiten können.

Nun mehr eine Randbemerkung. In den Zeiten, in denen wir uns gerade befinden, erleben wir, dass nicht nur im Rathaus der Bürgermeister bestimmt, wo es langgeht, sondern dass gelegentlich auch die Bundesregierung oder die Landesregierung bestimmen und die Parlamente sozusagen ein bisschen übrig sind. Da müssen wir sicherlich aufpassen.

Übrigens: Solange ich Kommunalpolitik mache, habe ich nicht alle Vorlagen gelesen. Ich lese auch nicht alle Vorlagen, die uns im Landtag erreichen.

Entscheidend ist, ein gutes Fingerspitzengefühl zu haben und Sachen einschätzen zu können. Das kann man übrigens lernen, indem man sich von Kindesbeinen an einmischt. Politik macht deshalb Spaß, weil ich am Ende auch Erfolge habe. Jeder, der etwas anderes erzählt, bewegt sich nicht in der Realität, in der ich lebe.

Ich bin mit 15 Jahren in die SPD eingetreten und kann nur sagen: Wir müssen mehr dafür sorgen, dass das, was wir tun, mit Spaß bzw. mit Freude verbunden wird. Von daher ist Ihr Ansatz richtig. Aber wir müssen gucken, wie es nicht dem Zufall überlassen bleibt, dass das funktioniert.

Früher waren auch Lehrerinnen und Lehrer Mitglieder in den Räten. Das ist schon lange nicht mehr so. Vor diesem Hintergrund ist der Faktor, den wir selbst in der Hand haben, ganz wichtig.

Im Übrigen bin ich sehr dafür, sozusagen Jobsharing bei solchen Mandaten zu machen. Ich bin im Übrigen auch dafür: weg von traditionellen Ausschüssen hin zu Projektarbeit in Rats- und Kreistagsgremien.

**Gregor Dehmel:** Zustimmung auf ganzer Linie! Mitnehmen - das machen wir. Das ist eigentlich auch ganz einfach. Vor Corona gab es - das wird nach Corona sicherlich wieder der Fall sein - in Hannover keine Fachausschusssitzung, bei der keine Schulklasse dabei war, die wir zuvor auf die Sitzung - auf drei oder vier Tagesordnungspunkte - vorbereitet haben. Dazu kann man wunderbar eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter aus der

Verwaltung einladen, die das im Unterricht erklären. Möglich ist aber auch, sich eine halbe Stunde vorher im Rathaus zu treffen und sich Sachen erklären zu lassen. Während der Phase der Bewerbung zur Kulturhauptstadt hat sich der Kulturausschuss jedes Mal bei allen Bewerbungsthemen von einer Schulklasse beraten bzw. sagen lassen, was die Schülerinnen und Schüler davon halten.

Ähnlich ist das mit den Schülervertreterinnen und Schülervertretern im Schulausschuss. Sie kommen ein- oder zweimal, und dann sind sie nie wieder gesehen. So richtig mitreden können sie in dem Ausschuss nicht; gerade dann nicht, wenn es Koalitionsmehrheiten gibt. Zuvor ist eine Absprache in der Koalition erfolgt. Die Grünen haben möglicherweise sogar die Mitglieder befragt. Das war jetzt böse! In einer solchen Situation kann man in einer Ausschusssitzung kaum noch auf Hinweise von Schülern reagieren. Dann macht den Schülerinnen und Schülern die Teilnahme keinen Spaß mehr.

Wir haben eingeführt, dass eine Schulklasse die beiden Schülervertreterinnen bzw. -vertreter im Zusammenhang mit der jeweils konkreten Sitzung berät. Die haben sich im Rathaus getroffen, und dann waren die Schülerinnen und Schüler auch während der Sitzung da. Seitdem haben sie nicht ein Mal gefehlt. Das Mitnehmen, das vorherige Erklären und dann erleben lassen - das funktioniert, aber nicht so sehr für die Ratssitzungen, sondern in den Ausschusssitzungen. Ausschüsse sind dafür glänzend geeignet. Die Ausschüsse können ihre Sitzungen unterbrechen und die Kinder bzw. Jugendlichen fragen oder sie als fachkundige Bürger hören. Da kann es richtig Interaktion geben. Dafür würde ich plädieren. Dafür braucht es aber nicht unseren Verein. Wir können so etwas, aber uns braucht es dafür nicht.

Abg. **Kerstin Liebelt** (SPD): Ich hatte das Glück, dreimal bei „Pimp Your Town“ dabei sein zu können; zweimal in der Regionsversammlung und einmal bei uns im Rat.

Den Einwand, dass Politiker von den Jugendlichen ferngehalten werden sollten, halte ich für falsch. Ich fand es spannend, dass die jungen Leute hinterher auf einen zugekommen sind und etwa gesagt haben: Sie sind ja ganz normal. - Häufig wird gedacht, die Ratsmitglieder seien etwas Besonderes. In unserer Stadt, die etwas kleiner ist, ist tatsächlich mal ein Jugendlicher auf mich zugekommen und hat gesagt: Ich kenne sie nur von Plakaten. Ich dachte, sie seien berühmt.

Aber sie sind ja ein ganz normaler Mensch. - Deshalb fand ich es bei „Pimp Your Town“ so gut, dass die Jugendlichen mit echten Politikern echte Sitzungen machen, an deren Ende Ergebnisse stehen, die in die Rats- bzw. Regionsarbeit übernommen worden sind.

Ich glaube - ich weiß nicht, ob Sie mir darin zustimmen -, dass die Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern in der Schule wirklich gestärkt werden sollte. Eine Gesamtkonferenz ist schön und gut, aber im Endeffekt bestimmt die Schulleitung, bestimmen die Lehrerinnen und Lehrer, was wirklich gemacht wird.

Ich kenne eine Grundschule in Wennigsen, die einen Schülerrat hat. Der Schülerrat trifft sich einmal pro Woche und macht z. B. Spendenaktionen. Die Schülerinnen und Schüler durften selbst bestimmen, welches Spielgerät für den Schulhof von dem Geld, das sie sich erlaufen hatten, angeschafft wird. Die Schülerinnen und Schüler sprechen darüber, wie die Klassen miteinander umgehen und wo es Probleme gibt. Sie haben richtig Einfluss. Wir sollten darauf hinwirken, dass die Schülerinnen und Schüler mehr Mitbestimmungsrechte haben, also nicht nur quasi in Organen mitwirken können, wo sie zwar gehört werden, im Endeffekt aber überstimmt werden können. Demokratie bedeutet, auch etwas verändern zu können!

**Gregor Dehmel:** Absolut! Aber das Niedersächsische Schulgesetz lässt schon ganz viel zu. Schülersprecher z. B. könnten in Urwahl gewählt werden. Es könnten Wahlkämpfe gemacht werden. Ich kenne Schulen, die das machen. Wir kennen einzelne Schulen, die das ganz toll machen, weil dort eine tolle Kollegin oder ein toller Kollege tätig ist. Aber wirklich machen muss das niemand. Das ist, glaube ich, das Hauptproblem. Wir geben die Möglichkeit, aber wenn die Schulen die Möglichkeit nicht wahrnehmen, ist es auch nicht schlimm.

Ich glaube, Schulen bräuchten Zeit und Ressourcen, z. B. um externe Projekte einzukaufen oder jemanden einzustellen, der das macht. Die Lehrerstunden, die es dafür gibt, sind viel zu knapp bemessen. Die Lehrerinnen und Lehrer schaffen es nicht, etwa die Themen der Gesamtkonferenz schülergerecht zu erklären, weil dafür einfach viel zu wenig Zeit ist.

In der Schule haben wir sie alle. Wenn sie dort nicht Demokratie erleben, wo erleben sie dann

sonst Demokratie? Sie sind dann plötzlich 16 und alle sagen: Du musst wählen! Das ist total wichtig.  
- Bislang haben sie es aber nicht getan.

**Falk Hensel:** Ich möchte einen Aspekt einbringen, den ich aufgrund der vorgeschrittenen Zeit nicht als Frage, sondern als Statement formuliere.

Bei Politik vor Ort geht es nicht nur um das kommunale Mandat. Politik bedeutet auch Einsatz für bestimmte Themen, ob dies etwa Naturschutz, Tierschutz oder Kampf gegen Kinderarmut ist. Ich selber mache seit über 30 Jahren Kommunalpolitik. Wir haben sehr gute Erfahrungen mit Bürgermitgliedern gemacht, die sich quasi nur im Umweltausschuss einbringen, für diese Themen brennen, die Fraktionsarbeit ansonsten vielleicht begleiten, aber nicht sonderlich intensiv oder einfach wegbleiben, weil sie z. B. kein sonderlich großes Interesse an Schulthemen haben.

Ich glaube, dass man Schülerinnen und Schüler mitnehmen kann, indem man sie auf bestimmte Punkte hinweist. Auch das Engagement in Verbänden kann man damit bewerben, weil auch sie politisch tätig sind, ob es nun der NABU, der BUND oder die Feuerwehren oder die Wohlfahrtsverbände, die unter sozialen Aspekten ihre Forderungen aufstellen, sind. Auch das ist Politik, und auch dafür muss man werben.

**Jens Risse:** Ich glaube, der größte Hinderungsgrund für Demokratiebildung ist die Schule. So habe ich es selber erlebt. Ich war 1988/89 Schülersprecher. Ich habe dem Rektor widersprochen. Ich glaube, das war damals eine Majestätsbeleidigung. Ich glaube, auch heute ist das teilweise noch so.

Ich stimme Herrn Hensel darin zu, dass es auch andere Orte gibt, an denen Demokratie gelernt werden kann. Gerade in den Jugendverbänden und Jugendinitiativen merken die jungen Menschen Selbstwirksamkeit und lernen Demokratieverständnis. Sie lernen, sich für ihre eigenen Interessen einzusetzen. Diese aber an die Schule zu bringen, ist noch einmal schwieriger, als mit der Schule in die Kommunalpolitik zu gehen.

Wie sehen Sie es, die anderen zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure in die Schule zu holen?

Gibt es in Ihren Projekten auch so etwas wie revolutionäres Gedankengut, Kommunalpolitik ganz anders zu denken, als sozusagen das Motto „Das

machen wir so“ von Generation zu Generation zu Generation weiterzuvererben?

**Gregor Dehmel:** Wir sind ein kleiner Verein. So revolutionär sind wir nicht. Wahrscheinlich ist das, was wir machen, nämlich Ideen von Kindern in die Kommunalpolitik zu bringen, schon so revolutionär, dass wir den nächsten Schritt nicht gehen. Das ist aber tatsächlich auch nicht unser Anspruch.

Unser Anspruch ist, abzubilden, was ist, um zu verstehen, wie es funktioniert, um die eigenen Interessen zukünftig besser vertreten zu können. „Wenn ich mit meinem Jugendverband ein Anliegen habe, gehe ich nicht erst in die Ratssitzung, sondern ich gehe auf die Fraktionen zu oder in die Ausschusssitzungen.“ Das muss ich wissen. Wenn ich in einer Ratssitzung ein Plakat entrolle, kann ich mir das auch schenken. Ich muss erst einmal wissen, wie es funktioniert, bevor ich es revolutionieren kann. Vielleicht revolutioniert irgendeiner unserer Projektschüler das mal.

Die Schülerinnen und Schüler dürfen frei wählen, in welchen Fachausschuss sie gehen. Die Jungs gehen dann in den Bauausschuss und die Mädchen in den Sozialausschuss. Wir sagen das denen nicht. Wahrscheinlich ist das in den Menschen irgendwie drin. Das zu ändern, können wir in unseren Projekten nicht leisten.

Wir selbst sind im Paritätischen Wohlfahrtsverband. Dort gibt es viele Kolleginnen und Kollegen, die gute Arbeit leisten. Es gibt Schulen, die sich ganztags aufstellen, die teilgebundene Ganztagsangebote oder auch Nachmittagsangebote machen können. Wir selbst machen Demokratie AGs nachmittags, weil an den Schulen gerade die Not groß ist, die Nachmittagsbetreuung aufrechtzuerhalten. Das ist tatsächlich eine Chance.

Wir können auch einen Jugendtreff in die Schule holen. Nach dem König-Midas-Prinzip war das früher immer ein wenig „Bäh!“. Alles, was Schule anfasst, wird Schule und damit „Bäh!“. Das ist aber ein wenig zurückgegangen. Dort sind die gleichen Kinder. Schafft für sie die Angebote, und macht es ihnen nicht so schwer. Sie sind den ganzen Tag an der Schule, und dann sitzen sie noch eine Stunde im Jugendtreff. Das ist im gleichen Gebäude, und das ist okay. Denn das sind andere Erzieher bzw. Betreuer, und das ist ein anderes Herangehen. Das finde ich wichtig.

Ja, Schulen müsste man viel mehr öffnen.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD): Das war, wie ich finde, eine sehr intensive Beratung. Herr Dehmel, Sie haben das, wenn ich das an dieser Stelle als Vorsitzende sagen darf, wunderbar gemacht.

Ich darf mich im Namen der gesamten Kommission bei Ihnen bedanken. Es ist schön, dass Sie hier waren. Vielleicht haben wir Sie nicht zum letzten Mal eingeladen. Schauen Sie bitte immer wieder mal nach, was es von uns Neues gibt. Wir sind für jeden weiteren Hinweis auch von Ihnen dankbar.

### **Ein betroffener Mandatsträger, welcher aufgrund von Drohungen zurückgetreten ist.**

**Anwesend:** *Arndt Focke*

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD): Wir kommen jetzt zu einem Thema, das in den vergangenen Jahren zunehmend in den Fokus gerückt ist. Wir müssen uns nicht nur mit Übergriffen auf Mandatsträgerinnen und Mandatsträger auseinandersetzen, sondern auch mit Übergriffen auf Rettungskräfte, auf Feuerwehrleute, auf viele Menschen, die sich um andere Menschen verdient machen. Das einmal aus einer persönlichen Warte, aus der Warte der Betroffenheit zu schildern und zu hören, ist sicherlich nicht einfach. Umso mehr freut es uns als Kommission, dass Sie sich Herr Focke, bereiterklärt haben, in die Enquetekommission zu kommen und hier über das zu berichten, was Ihnen widerfahren ist. Das ist ein unglaublich wichtiger Punkt, um den wir uns als Kommission kümmern wollen.

**Arndt Focke:** Ich bedanke mich ausdrücklich für die Einladung und darf einleitend sagen, dass ich als Sachverständiger im Unterausschuss des Deutschen Bundestages zum bürgerschaftlichen Engagement sprechen durfte. Der zeitliche Rahmen dort war allerdings dermaßen eng, dass die ersten Abgeordneten schon nicht mehr da waren, als die letzten kamen. Das zum Thema „Wertschätzung“.

Ich finde es sehr wertvoll, was Sie hier machen. Ich habe mir im Vorfeld auf der Landtagswebsite angeschaut, wer von Ihnen schon angehört wurde und was noch ansteht. Wenn nicht hier Menschen angehört werden, die zu diesem Thema etwas zu sagen haben, und wenn dies nicht bei der Änderung des NKomVG seinen Niederschlag

findet, wann dann? Vielen Dank dafür. Das meine sehr ernst. Das sucht seines Gleichens.

Ich soll Sie in meine Welt mitnehmen. Nach den positiv emotionalen Ausführungen von Herrn Dehmel und den wertvollen Nachfragen möchte ich nicht der Spielverderber sein.

Zu mir selbst. Ich bin 1971 geboren, bin jetzt also 49 Jahre alt. Seit meinem 13. Lebensjahr mache ich ehrenamtliche Arbeit, angefangen in der Kirchengemeinde im Jugendbetreibungsbereich. Dann habe ich einen Fußballverein geführt; über die klassische Vorstandsschiene: Schriftführer, 2. Vorsitzender, Vorsitzender, wie das so ist.

2010 oder 20211 bin ich dann angesprochen worden: Du kannst doch so gut schnacken. Mach doch mal ein bisschen Politik. Ich stand auf der Liste. Am nächsten Morgen wusste ich, dass es eigentlich darum ging, dass ein Bürgermeister in unserer kleinen Gemeinde Estorf gesucht wurde. Ich wurde in den Gemeinderat gewählt, und der Gemeinderat wählte dann den Bürgermeister. Ich war acht Jahre lang Bürgermeister; mit Leib und Seele, mit all den damit verbundenen Einschränkungen. Ich habe das Aufwachsen meines Sohnes - er ist heute 15 Jahre alt - aufgrund der vielen Abendtermine, die gerade angesprochen wurden, nicht wirklich mitbekommen. Ich war sehr, sehr gerne Bürgermeister. Ehrenamtliches Engagement gehört zu meinem Leben wie morgens der Kaffee.

Im letzten Herbst, ungefähr um diese Zeit, gab es aufgrund meines Engagements gegen Antisemitismus und Rechts - ich habe mich immer ganz klar positioniert - Entwicklungen - sie sind hier sicherlich bekannt -, die mich dazu getrieben haben, wegen derer um die Weihnachtszeit herum mein Entschluss gereift ist, meine Mandate im Samtgemeinderat, als stellvertretender Samtgemeindebürgermeister und eben auch als Bürgermeister der Gemeinde Estorf niederzulegen. Danach gab es, im ersten Quartal, ein mediales Echo, was mich sehr überrascht hat. Stefan Weil war mit mir bei Markus Lanz. Rückblickend, nach einem Dreivierteljahr, kann ich die Dinge etwas anders einordnen.

Ich würde das aber immer wieder so machen: zum Schutze meiner Familie und meiner Person, aber auch zum Schutz des Amtes. Die Gemeinde Estorf ist seitdem unbefleckt. Wir sind alles andere als rechts. Der jetzige Gemeinderat mit mei-

nem Bürgermeisternachfolger kann im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten vernünftig arbeiten.

Ich würde es auch immer wieder so machen, weil ich nach wie vor gegen Rechtsextremismus, aber auch Linksextremismus und auch Sachextremismus - so nenne ich das mal; dazu komme ich noch - klar im Wind stehe. Es geht nicht nur um das politische Ehrenamt. Herr Banse, der Präsident des Landesfeuerwehrverbandes, ist ja Mitglied dieser Kommission. Auch ich bin im Bereich der Feuerwehr sehr verwurzelt. Nicht nur das kommunale Ehrenamt, sondern auch das Ehrenamt in den Feuerwehren, in den Vereinen und auch in den Kirchengemeinden muss gestärkt werden. Es muss gestärkt aus der Situation herausgehen, in der wir uns befinden. Dabei geht es nicht nur um Antisemitismus, sondern grundsätzlich - das ist mein Thema - um Wertschätzung, um Respekt und eine gewisse Achtung gegenüber dem Ehrenamt. Das ist uns komplett abhanden gekommen.

Die Frage, wer das zu verantworten hat, kann man breitgefächert diskutieren. Vorhin wurde schon gesagt: Früher gab es auf den Dörfern den Arzt, den Bürgermeister und den Polizisten sowie den Pastor. Heute gibt es - wenn auch noch zu wenig - Polizistinnen, Ärztinnen, Bürgermeisterinnen und Pastorinnen. Als Bürgermeister war man eine Respektperson.

Heutzutage haben die jungen Leute, aber auch die jungen Erwachsenen - dazu zähle ich die Gruppe der 20- bis 50-Jährigen - nichts mehr mit Politik zu tun. Es gibt eine Verdrossenheit. Sie wollen sich damit nicht beschäftigen. Sie sind komplett abgehängt. Ich bin Mitglied der SPD. Aber das ist auch bei der CDU und anderen Partei so zu verhaften.

Wenn man einmal bei einer Veranstaltung der SPD war, stellt man fest: Das ist schon sehr formal. Das ist nicht sexy. Das ist nichts, was junge Leute anspricht, mitzuarbeiten.

Herr Watermann hat einen Punkt angesprochen - ich bin ein ganz klarer Verfechter davon -, bei dem es uns gelingen kann und gelingen muss, Menschen wieder für die Politik, für das Mitmachen, für Engagement zu begeistern. Das ist nämlich Projektarbeit. Ich hasse Ausschussarbeit. Ausschussarbeit ist unsexy. Nehmen Sie nur folgendes Beispiel: Wir müssen einen Gegenstand aus dem Bau- und Wegeausschuss im Verwaltungsausschuss und dann im Gemeinderat be-

schließen, um das auf die Samtgemeindeebene zu geben. In Einheitsgemeinden ist das etwas einfacher. Dort ist das Verfahren etwas schlanker. Auf Samtgemeindeebene geht es dann unter Umständen genauso weiter.

Stellen Sie sich vor, ein junger Politiker steht vor dieser Situation. Vorhin wurde gesagt, nicht einmal 90 % der Vorlagen würden gelesen. Auch als Bürgermeister habe ich manches nicht gelesen. Ich habe den Beschluss gelesen und mich dabei darauf verlassen, dass mich die Verwaltung entsprechend vorbereitet. Das hat sie auch getan. Wir hatten ein gutes Miteinander.

Ich teile allerdings auch die Ansicht, dass die Verwaltung teilweise manipulativ eingreifen kann. Wir müssten dahin kommen, dass die Verfahren verschlankt werden und projektbezogen gearbeitet wird.

Vorhin wurde das mit dem Stichwort „Blumenbeet“ verniedlicht. Die Gemeinde Estorf hat 1 700 Gemeindeglieder. Was ist verwerflich daran? Es ist die einfachste Form der Demokratie, wenn sich die Anwohner aus zwei Straßenzügen versammeln und entscheiden, Blumen von welcher Farbe gepflanzt werden und ob die Eingrenzung des Blumenbeetes aus Holz oder Beton bestehen soll. Das mag belächelt werden. Das mag in anderen Gemeinden belächelt werden. Der Gemeinde, in der die Entscheidung getroffen wird, kann das doch aber egal sein. Auch bei solchen kleinen Projekten geht es um demokratische Prozesse, weil sich unter Umständen die Anwohner der Bahnhofsstraße mit denen der Hauptstraße einigen müssen. Drei Leute aus der einen Straße und drei Leute aus der anderen Straße, und dann brauchen wir eine Mehrheit. Das muss irgendwie funktionieren.

Wenn das erfolgreich gemacht wird und auch junge Leute dabei sind, dann kann ich unter Umständen erwarten, dass sich diese Menschen dann später vielleicht auch bei dem Mensabau einer Schule einbringen oder sogar für den Landtag kandidieren. Aber ich muss ihnen, wie bereits mehrfach gesagt wurde, Erfolge präsentieren. Sie müssen daran Spaß haben, und sie müssen sehen, dass es funktioniert.

Auf der anderen Seite müssen sie aber auch sehen, dass es auch Fälle gibt, in denen es nicht funktioniert. Auch dann müssen sie mitgenommen werden. Wenn ihre Meinung nicht durchkommt, müssen sie supportet werden, dann müssen sie

gecoacht werden und dann muss ihnen entsprechende Erfahrung zur Verfügung stehen: Das ist der demokratische Prozess. Sei nicht verzagt. Das nächste Mal geht es weiter. - Das lernen auch die Kinder in der Schule zu wenig. Es geht darum, konstruktiv zu diskutieren. Wer kann heutzutage denn noch debattieren? Wer kann denn heute mit seiner Meinung vor der Klasse stehen und sagen: Ich bin der Meinung, dass diese Tafel, die angeblich grün ist, weiß ist. Ich habe die Argumente dafür. - Wer knickt denn ein? Wer kann denn diesen Prozess supporten? Ist unsere Lehrerschaft dazu in der Lage? Hat sie das finanzielle und zeitliche Budget dafür? Hat sie die Ausbildung dafür? Hat sie die Nerven, es auszuhalten, dass der politische Prozess oder das bürgerliche Engagement bzw. politisches Engagement in den Schulen Einzug hält? Ich bin ein großer Fan von dem, was Gregor Dehmel heute vorgestellt hat.

Es gibt eine Fibel zur Kommunalpolitik. Ich habe leider vergessen, wer sie entworfen hat. Sie ist auch in Berlin vorgestellt worden. Quasi in einem Pixi-Buch-Format wird darin die Arbeit der Kommunalparlamente dargestellt. Manches Mal denke ich: Das könnten auch 60-Jährige noch gebrauchen. Letztlich brauchen wir nicht nur die frühkindliche Bildung, sondern wir müssen auch die Älteren mal wieder mitnehmen. Ich persönlich bin ein Kind von Social Media. Ich bin zwar schon recht alt für dieses Thema, bespiele es aber zunehmend lieber. Ich hasse Intergram immer noch. Aber bei Facebook kenne ich mich ganz gut aus.

Ja, es ist wichtig, dass sich jeder Kommunalpolitiker irgendwo platziert. Genauso wichtig ist es aber, dass er nach wie vor die Möglichkeit hat, etwa zu einer Versammlung der Feuerwehr zu kommen, wenn sie analog durchgeführt wird.

Wir müssen jetzt, in der Corona-Zeit - eine andere Zeit werden wir dafür nicht haben -, die Weichen stellen, das Digitalisierte mit dem Analogen abzugleichen und Dinge zu schaffen, die es uns ermöglichen, Menschen auf den Kanälen mitzunehmen, die sie primär bespielen wollen. Dabei ist sicherlich viel digital. Wir müssen aber auch Möglichkeiten schaffen - nach oder mit Corona; wir werden ja Corona nicht verlieren -, ältere Menschen in analogen Formen mitzunehmen. Unsere Bevölkerung wird immer älter. Ich komme vom Land und sehe, dass in manchen Straßen in den Häusern fast nur noch 80-Jährige leben. Das meine ich völlig wertfrei. Wir brauchen diese Menschen und wollen sie mitnehmen. Auch sie sollen zur Wahl gehen. Sie können unter Um-

ständen zwar keine App bedienen, sollen sich aber beteiligen. Wenn wir die aktuelle schwierige Zeit nicht nutzen würden, wäre das dumm.

Abschließend ein Wunsch zur Kommunalwahl 2021. Ich wünsche mir über die Parteigrenzen hinweg, über die Parlamente hinweg die Möglichkeit, dass die Kandidatinnen und Kandidaten, die hier in Niedersachsen zur Wahl stehen oder Interesse bekundet haben, von vornherein ein - so nenne ich das mal - gewisses Mentoring, ein Coaching, eine Begleitung erfahren. Ich meine damit nicht nur, sie darauf vorzubereiten, dass sie sich unter Umständen Hasstiraden ausgesetzt sehen. Sie sollten aber wissen, was sie erwartet.

Ich habe bei der letzten Kommunalwahl eine junge Ratskollegin sinngemäß mit den Worten angeworben: Mach mal erst mal mit. Drei Sitzungen im Jahr - so viel ist das gar nicht. Und ein bisschen Geld gibt es auch. - Bei uns gibt es 15 Euro Sitzungsgeld. Das reicht meist nicht einmal für eine Currywurst und ein Glas Wein nach einer Sitzung. Das kann niemals der Motivator sein.

Wir müssen das anders ansprechen und müssen die Leute - die jungen Leute, aber auch die älteren Leute - in dem Prozess der Bewerbung begleiten. Wenn sie dann dabei sind, dürfen wir sie nicht einfach sitzen lassen. Vielmehr brauchen sie auch dann noch Begleitung. Das kostet Geld. Das kostet Ressourcen, und das kostet vor allem wahrscheinlich auch Nerven. Das müssen erfahrene Menschen machen. Das wäre mein Wunsch an Politik, an das Land Niedersachsen. Die Kommunalwahl ist im nächsten Herbst. Wir sind schon spät dran.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE): Wie wahrscheinlich viele andere hat auch uns Ihr Fall damals sehr betroffen gemacht. Sie haben insgesamt sehr viel dazu gesagt, wie Kommunalpolitik aufgestellt ist. Der Punkt, den Sie zuletzt angesprochen haben, dass wir eine bessere Unterstützung, ein besseres Mentoring gerade auch für die Neuen in der nächsten Wahlperiode organisieren müssen, ist eine gute Ansage.

Ich habe das Gefühl, dass wir darin überfraktionell einer Meinung sind. Am Ende wird das aber schwer zu organisieren sein, weil das natürlich auch bedeutet, dass wir in personelle Strukturen investieren müssen, und dafür muss dann auch Geld zur Verfügung stehen. Das ist in dieser Krise eine zusätzliche Herausforderung.

Wenn ich mir Ihren Fall anschau, habe ich volles Verständnis. Ich glaube, ich hätte es ähnlich gemacht. Das Private, die Familie sind unglaublich wichtig, und Kommunalpolitik fordert an dieser Stelle ohnehin große Opfer. Welche konkrete Unterstützung hätten Sie sich gewünscht? Brauchen wir Anlaufstellen in den Kommunen für solche Fälle?

Mich hat erschüttert, dass im Zuge dieser Debatte auch aus meiner eigenen Kommunalfraktion Leute gekommen sind und berichtet haben - nicht von solch schweren Fällen -, dass auch sie sich unter Druck gesetzt fühlen, dass auch sie sich gemobbt fühlen. Jahrelang haben sie darüber nicht gesprochen. Sie haben Leute motiviert, überhaupt über das Thema zu reden.

Brauchen wir niedrigschwelligere Beratungs- oder Unterstützungsangebote in den Kommunen? Wäre das eine Hilfe für Sie gewesen? Oder brauchen wir entsprechende Angebote bei der Polizei?

**Arndt Focke:** Das Haupthindernis ist, damit von vornherein anders und offener umzugehen - ich glaube, das gilt für viele Kommunalpolitikerinnen und -politiker und hauptamtlich tätige Politikerinnen und Politiker sowie für Menschen, die Vereinen vorstehen -, dass sie Macher sind. Sie sind Macher! Ich meine das im besten Sinne. Ich mache ganz viele Dinge mit mir selbst aus und kann eine ganze Menge ab. Ich habe ein recht dickes Fell. Das ist einerseits eine kleine Stärke, andererseits aber eine große Schwäche, weil man auf diese Art und Weise zwei Dinge verliert: Man entscheidet zum einen viel allein und nimmt die Leute nicht so mit, weil man denkt, man bekommt es so schneller hin. Zum anderen öffnet man sich zu wenig. Das direkte Umfeld - in meinem Fall also mein Gemeinderat und meine Verwaltung - weiß überhaupt nicht, was los ist. Die waren wie vor den Kopf gestoßen.

Das heißt, ich muss von vornherein viel vertrauensvoller mit Bedrohungsthemen umgehen. Das meine ich auch bezogen auf Sachbedrohung. Wir haben mal die Grundsteuer angehoben. Danach ist ein Shitstorm gekommen. Oder denken Sie an die Eröffnung eines Klärwerks oder einer Windenergieanlage. Damit muss von vornherein zwingend offener umgegangen werden. Dann ist die Dunkelziffer auch nicht mehr so groß.

Der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund hat im letzten Jahr oder in diesem Jahr davon gesprochen, dass 40 % der Kommunalpoliti-

kerinnen und -politiker schon mal aus irgendeiner Ecke solche negativen Erfahrungen hatten. Das ist eine zu hohe Dunkelziffer. Das geht so nicht. Das meine ich im Übrigen auch, wenn ich von Vorbereitung auf das Amt spreche. Eine Kandidatin oder ein Kandidat für den Gemeinderat 2021 sollte wissen, worauf sie oder er sich einlässt. Mir geht es um einen Crashkurs mit der notwendigen Zeit, um darauf aufmerksam zu machen, was passieren kann und an wen man sich, wenn es hart auf hart kommt, wenden kann.

Dazu muss ich ganz klar sagen: Der Staatsschutz im Bereich Nienburg mit dem entsprechenden Kommissariat hat mich hervorragend begleitet und supportet. Ich kann nicht sagen, dass irgendwelche Fragen offengeblieben seien. Ich konnte 24/7 dort anrufen. Eigentlich ist es dann aber viel zu spät. Deshalb ist mein Punkt: vorne Wertschätzung, Respekt, gegenseitige Toleranz, Achtung vor dem, was man tut, um hinten weniger Bedrohungslagen zu haben.

Abg. **Dunja Kreiser** (SPD): Ich bedanke mich sehr herzlich für die Ausführungen. Als Landtagsabgeordnete bin ich gleichzeitig Bürgermeisterin einer Gemeinde in etwa der gleichen Größe wie Estorf. Mein Sohn ist ebenfalls 15 Jahre alt. Zudem bin ich Frau; das ist noch einmal eine andere Herausforderung. Ich betone das immer wieder, weil das im Leben wirklich so ist. Ich muss mich im politischen Leben hier mit einer Vielzahl an Männern auseinandersetzen, und ich stehe auch im politischen Leben einem Großteil an Männern gegenüber. Für Frauen ist es, wenn sie solche Ausführungen hören, eine große Hemmschwelle, überhaupt in die Kommunalpolitik zu gehen. Den Schritt, sich zu trauen, ist das eine, aber diesen Schritt zu wagen, wenn man hört, mit welchen Problemen man sich auseinandersetzen hat, ist etwas anderes. Ich glaube, das schreckt sehr ab. Daran müssen wir arbeiten, und deshalb war Ihr Beitrag hier in der Enquetekommission so sehr wichtig.

Landtagsabgeordnete können sich einigermaßen abschotten. Für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in einer Gemeinde sieht das aber ganz anders aus; sie sind mit den Bürgern direkt vor Ort unterwegs.

Die Akzeptanz sinkt. Der demokratische Prozess, in die Debatte zu gehen, um am Ende eine Entscheidung zu treffen, wird in der Phase der Diskussion akzeptiert. Aber wenn die Entscheidung getroffen ist, besteht kaum noch Respekt unterei-

ander. Es wird nachdebattiert, und die Diskussion wird auch in den sozialen Medien weitergeführt. Ich denke z. B. an die Diskussion über die Aufstellung eines Glascontainers. Wenn sich eine Person beschwert, dass der Container an der falschen Stelle stehe, kommt noch die Diskussion mit der Verwaltung hinzu. Es trifft die ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister vor Ort extrem, wenn etwa das private Telefon im Wohnzimmer und nicht etwa das Telefon im Wahlkreisbüro oder im Landtagsbüro klingelt. Wenn das Telefon zu Hause klingelt, gehen auch mal mein Sohn oder mein Mann ran. Das sind Kleinigkeiten, aber solche Kleinigkeiten reiben auf. Solche Kleinigkeiten können sich heutzutage so hochschaukeln, dass es in extremistische Bereiche hineindriftet. Das ist gesellschaftlich problematisch.

Alle - aber auch wir als Amtsinhaber - müssen aufpassen. Denken Sie nur an Sprache und Gewalt. Wir selbst können auch bei uns feststellen, dass wir im mündlichen Ausdruck relativ schnell locker werden. Deshalb finde ich den Vorschlag gut - ich hätte ihn auch gebracht -, darüber nachzudenken, wie kommunale ehrenamtliche Mandatsträger vor Ort beraten werden können. Es muss eine Anlaufstelle geben. Es gibt Gleichstellungsbeauftragte. Vielleicht bestünde eine Möglichkeit darin, diese Funktion dahin gehend auszubauen, dass dort die Möglichkeit der Beratung besteht. Wir können uns zwar überall beschweren. Der erste Ansprechpartner ist für uns aber die Familie. Die Familie ist ohnehin schon stark belastet, wenn wir etwa von einer aufwühlenden Ratssitzung nach Hause kommen. Sie muss sich nicht noch alles mögliche Andere anhören. Anlaufpunkt für Beratung ist aber nicht unbedingt immer die Verwaltung, weil auch sie ja gelegentlich Gegenstand der politischen Auseinandersetzung ist. Deswegen ist für uns zur Stärkung des politischen Ehrenamtes eine Beratungsstelle sehr wichtig.

Abg. **Ulrich Watermann** (SPD): Respekt davor, wie du das dargestellt hast. Vieles davon kann ich unterschreiben. Wer aus Hameln-Pyrmont kommt, weiß, wovon ich spreche.

Ich möchte dafür werben, unter den demokratischen Kräften genau zu überlegen, was man eigentlich macht.

Ich komme aus Hameln-Pyrmont und habe nicht nur die Ermordung meines Freundes Rüdiger Butte erleben müssen, sondern ich habe auch erlebt,

dass ein Landrat wegen der politischen Auseinandersetzung zwischen demokratischen Kräften aufgegeben hat.

Ich selbst habe sehr früh Angriffe aushalten müssen, die sich auch auf meine Familie übertragen haben. Ich bin bannig stolz, dass meine Tochter trotz alledem für den Stadtrat kandidiert.

Ich bin einen anderen Weg als du gegangen. Ich habe lange überlegt, ob ich das aushalten kann und weiter Politik machen will.

Nach der Geschichte mit Tjark Bartels habe ich gemerkt, dass das auch mit mir etwas gemacht hat. Ich bin nicht bei den sozialen Medien dabei. Hier im Landtag habe ich mal gesagt: Ich bin aus der Zeit gefallen. - Mich belastet das, was in den sozialen Medien stattfindet, daher weniger.

Haben wir das nicht selbst in der Hand? Müssten wir nicht genau überprüfen, wie unsere Kommunikation funktioniert? Haben wir nicht auch Verantwortung gegenüber denen, die über uns berichten? Sie berichten weniger über das, was wir handwerklich gut machen. Denn das ist eher langweilig. Vielmehr wird das herausgefiltert, was als Sensation gilt. Wenn ich Fernsehen schaue, frage ich mich, ob noch eine Steigerung dessen möglich ist, was wir gerade an Hysterie erleben. Das macht mir große Sorgen. Deshalb bin ich froh, dass wir dies auf der Basis deines Statements in unsere Überlegungen einbeziehen können.

Wenn wir die Respektlosigkeit und die mangelnde Wertschätzung für ehrenamtliche Arbeit, für ehrenamtliches Engagement nicht in den Griff bekommen, dann haben wir ein Problem. Ich persönlich glaube nicht einmal, dass das mehr geworden ist, sondern ich glaube, dass die Wahrnehmbarkeit größer geworden ist. So vernetzen sich Kräfte, die sich früher nie kennengelernt hätten, weil sie gar nicht voneinander wussten.

Ich habe das mit mir selber ausgemacht und mache das auch jetzt mit mir selber aus. Das ist immer mein Weg gewesen, den ich eigentlich auch nicht verlassen möchte.

Ich merke, dass es sehr hilft, die Dinge offen anzusprechen und denen, die solche Jobs übernehmen wollen, klar zu sagen, was so passieren kann. Ich habe früher nicht alles angezeigt. Heute stehen ein Grablicht und eine Todeshand - von Querdenkern dort hingelegt - vor unserer Ge-

schäftsstelle. Das benenne ich, und das zeige ich auch an!

Wir müssen lernen, es offen anzusprechen. Auch gegenüber Medienvertretern müssen wir offen ansprechen, wenn sie Hatz gegen Leute betreiben. Vieles wird hochgespielt. Es gibt keinen Respekt mehr, und niemand hat im Blick, was damit passiert.

Man kann unterschiedlicher Einschätzung sein. Man kann auch Dinge unterschiedlich beurteilen. Aber was nicht geht, ist die Herabwürdigung des Gegenübers.

Abg. **Petra Tiemann** (SPD): Ich empfinde die Debatte, wie wir sie hier führen, als sehr gut. Wir sind angetreten, bestimmte Dinge zu ändern. Wir erleben gerade eine Debatte, bei der es im Raum so leise ist, dass man eine Stecknadel fallen hören könnte. Das zeigt den Grad der Betroffenheit.

Wenn wir eine Umfrage unter allen Kommunalpolitikerinnen und -politikern durchführen würden, würden wir wahrscheinlich von jeder und jedem über Bedrohungssituationen in irgendeiner Form zu hören bekommen. Ich bin von einem alten Nazi - so nenne ich das mal; er war über 80 Jahre alt - zweieinhalb Jahre lang gestalkt worden. Als es dann in den persönlichen Bereich ging, indem er mir die Nachricht geschickt hat: „Deine Tochter hat heute Morgen ein wunderbares Kleid an“, habe ich - aber erst zu dem Zeitpunkt - die Polizei eingeschaltet.

Damals habe ich mich schon ein Jahr lang in seiner - so sage ich mal - Stalkingumarmung befunden. Das war zu einem Zeitpunkt, zu dem es den Straftatbestand des Stalkens noch nicht gab. Das war noch überhaupt nicht definiert. Deshalb bin ich sehr bei den Kolleginnen und Kollegen, die sagen: Man muss es schnell aussprechen, und man muss es laut machen. Ich glaube, das ist einer der wichtigsten Faktoren. Deshalb sind wir hier auch so still. Laut machen zieht einen immer in die persönliche Betroffenheit. Früher war man der Meinung: Man ist stark und hat das auszuhalten. - Ich glaube aber, man hat es nicht auszuhalten, sondern man hat es geteilt, und zwar mitgeteilt, auszuhalten. Ich glaube, dass das weiterhilft.

In meiner Gemeinde und meiner Samtgemeinde erlebe ich gerade eine mehr oder weniger starke Hatz auf Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker. Wir beschäftigen uns derzeit schlicht und ergreifend mit der Straßenausbausatzung.

Junge Kolleginnen und Kollegen in den Räten sehen sich Menschen, sehen sich Bürgerinnen und Bürgern gegenüber, die sie sehr emotional angehen und die sie zum Teil auch bedrohen, und zwar emotional bedrohen, indem ihnen gesagt wird: Wenn ihr das so regelt, gefährdet ihr meine Existenz. Du bist mein Nachbar. - Wir reden hier über die kommunale Ebene. Frau Kreiser hat gesagt, man ist mit den Menschen unterwegs. Man kann keine Distanz schaffen. Ein wichtiger Punkt ist: schnell laut machen!

Wir selber geben uns innerhalb der Gremien durch die Geschäftsordnung einen Rahmen, in dem wir uns bewegen. Diesen Rahmen habe ich auf kommunaler Ebene, aber auch hier im Landtag an der einen oder anderen Stelle schon wackeln sehen, nämlich in Fällen, in denen der Rahmen, in dem man sich bewegt, hart gestretcht wird und es an die persönliche Substanz gegangen ist. Auch das gilt es in den Fokus zu nehmen.

Deshalb begrüße ich diese Debatte. Ich freue mich, dass wir sie heute so führen, wie wir sie führen.

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU): Ich möchte jetzt keinen Appell aussprechen. Es ist schon vieles gesagt worden, was auch mich betrifft.

Herr Focke, ich bedanke mich für Ihre eindringlichen Worte. Dabei war viel Bedrückendes, aber in Form Ihrer Vorschläge auch viel Interessantes dabei.

Sie hatten gesagt, dass es, wenn man zum Staatsschutz geht, der in Ihrem Fall eine gute Rolle gespielt hat, eigentlich zu spät ist. Das ist richtig! Denn dorthin geht man nicht aus Spaß, sondern weil man ein konkretes Problem hat.

Mich interessiert, wie man vielleicht bereits im Vorfeld verhindern kann, dass es so weit kommt. Es gibt zweierlei Probleme. Das eine ist die fehlende Akzeptanz nach Entscheidungen. Unabhängig davon, was entschieden wird, gibt es eine Gruppe, die das nicht gut findet. Früher haben solche Gruppen das als Demokraten vielleicht hingenommen und geschwiegen. Mittlerweile bedient man sich schnell der Beschwerde.

In diesem Zusammenhang gibt es zum anderen ein Problem, über das wir ebenfalls reden müssen. Die Digitalisierung stellt in vielen Bereichen einen großen Vorteil dar. Social Media haben aber auch ihre Schattenseiten. Früher hat man die Kritik in das Bierglas gesprochen. Allenfalls

hat der Wirt daran teilgenommen. Heute macht man das über Facebook, und die ganze Welt bekommt das mit.

Sicherlich gibt es Mittel im Bereich der Prävention. Wie können wir es vermeiden, dass es dazu kommt?

Ratssitzungen sind öffentlich. Das will glücklicherweise niemand abschaffen. Aber bei jeder Ausschusssitzung und bei jeder Ratssitzung gibt es eine Vorsitzende/einen Vorsitzenden, die oder der nach der Geschäftsordnung durchaus Kompetenzen hat. Nicht jede oder jeder Vorsitzende nutzt sie gleichermaßen stark.

Gibt es aus Ihrer leidvollen Erfahrung heraus Punkte, zu denen Sie sagen würden, dass die Geschäftsordnung oder das NKomVG derart geschärft werden müssen, dass die oder der Vorsitzende einer Vertretung seine Rechte konsequenter durchsetzt und im Zweifel jemanden, der nur pöbelnd teilnimmt, aus der Sitzung entfernt. Gibt es aus Ihrer Sicht hier Handlungsbedarf?

Womöglich führt das geltende Strafrecht dazu, dass man sich nicht stark genug durch Konsequenzen des Rechtsstaates bedroht fühlt, wenn man gegen gewählte Mandatsträger oder gegen Leute im Rettungsdienst aktiv wird. Sind vielleicht auch Sie der Meinung, man müsste das Strafrecht anpassen, damit es derart hart formuliert wird, dass man weiß, dass man, wenn man so etwas macht, mit harten Strafen rechnen muss, was einen möglicherweise davor bewahrt, einen solchen Unfug zu betreiben?

Den Hinweis auf eine Beratungsstelle finde ich ganz wichtig. Wir müssen Leuten, die ehrenamtlich aktiv werden, am besten bereits im Vorfeld, spätestens aber dann, wenn sie ein solches Mandat ausüben, die Möglichkeit geben, sich beraten zu lassen. Das muss natürlich parteiübergreifend sein. Wenn wir auf die Idee kommen, dass - verpflichtend - in jedem Rathaus eine solche Person - am besten noch für jede Fraktion - vorhanden sein müsste, will ich auf den Personalmangel und auch auf die finanziellen Auswirkungen hinweisen.

So schön die Idee ist, wird eine Umsetzung am Ende daran, dass es diese Personen und auch das Geld dafür nicht gibt, scheitern. Aber vielleicht können die kommunalpolitische Vereinigung und die entsprechenden Einrichtungen sowie auch die Parteien, die im Landtag vertreten

sind, ihre Leute auf kommunalpolitischer Ebene mehr beraten.

**Arnd Focke:** Im Rahmen meiner Sitzungsleitungen sowohl auf Samtgemeinde- als auch auf Gemeindeebene bin ich davon verschont geblieben, Ausführungen im Gremium oder Zuschauerfragen, die sehr beleidigend, unsachlich oder unkonstruktiv etc. gewesen wären, entgegennehmen zu müssen. Die Geschäftsordnung sehe ich als ausreichend an. Das muss ich ganz klar sagen. Auf der Ebene haben wir keine Probleme gehabt.

Was das Thema Beratungsstelle angeht, bin ich bei Ihnen. Ich glaube, was wir uns - das kann ich aus Sicht der Kommune gut beurteilen - nicht leisten können, ist, noch jemanden ins Rathaus zu setzen, der diesen Support mit einer 36- oder 40-Stunden-Woche leistet. Das funktioniert nicht.

Früher war es irgendwie normal, dass man Erfahrung weitergibt. Für die Feuerwehr hat mich damals mit knapp 16 Jahren der ehemalige Ortsbrandmeister angesprochen. Seinerzeit war es total normal, dass die Grundausbildung - heute ist das die Truppmannausbildung - von alten Kameraden supportet wird. Ich sage „Kameraden“, weil es damals noch keine Kameradinnen gab. Es muss normal sein, dass jemand, der auf dem letzten Weg seiner kommunalpolitischen Tätigkeit ist und beim nächsten oder vielleicht auch beim übernächsten Mal nicht mehr kandidieren will, bereit, willens und in der Lage ist, junge Leute an die Hand zu nehmen. Ich bin hierbei eher bei einem Mentoring als bei einer Beratungsstelle im klassischen Sinne.

Ich habe vorhin noch etwas vergessen. Die Polizeidirektion Göttingen - bei uns die Polizeiinspektion Nienburg - hat ein Workshop-Format für kommunale Verantwortungsträger angeboten. Dabei ging es um reine Bedrohungsszenarien. Bei uns gibt es bereits - ich denke, das ist auch in anderen Regionen Niedersachsens so - Angebote, die das Bedrohungsthema von Rechts, von Links oder aus der Sachebene konkret abdecken. Diese Angebote sind nicht ausreichend, sind aber angenommen worden. Das ist zumindest schon einmal ein Schritt in die richtige Richtung. Insgesamt bin ich aber eher beim Mentoring.

Erstens. Was die Frage nach einer Strafrechtsverschärfung angeht, so habe ich auch in Berlin gesagt: Wenn es um Strafrecht geht, ist zu spät.

Zweitens. Ich fühle mich mit dem bisherigen rechtlichen Rahmen ausreichend geschützt. Ich durfte mit Christine Lambrecht bei einem Termin in Nienburg zu diesem Thema sprechen. Sie hat einiges zum Schutz des Ehrenamtes auf den Weg gebracht, und zwar bewusst nicht nur zum Schutz des politischen Ehrenamtes, sondern auch des Ehrenamtes in Rettungsdiensten und Feuerwehren und auch der Vereinstrainer, die ebenfalls im Wind stehen. Insofern sind wir, was den rechtlichen Rahmen angeht, aus meiner Sicht auf einem guten Weg. Noch nicht auf einem guten Weg sind wir - dabei bleibe ich -, wenn es darum geht, das Problem am Schlafittchen zu packen. Dabei geht es um den bildungspolitischen Auftrag, den jungen Leuten Wertschätzung und Toleranz den Ehrenämtern gegenüber beizubringen und sie für demokratische Prozesse zu begeistern, sie aber nicht von vornherein in dem Sinne: „Dort sitzen die alten weisen Frauen und Männer, die irgendetwas bestimmen, was uns ohnehin nichts angeht“, zu entfremden.

Abg. **Bernd Lynack** (SPD): Vielen Dank für den wirklich eindrucksvollen Vortrag. Ich glaube, man hat gemerkt, dass er uns alle total bewegt hat. Mir fiel dazu sofort die Ausgabe der Zeitung in meiner Heimatstadt Hildesheim ein, die heute Morgen titelt, dass zwei Kommunalpolitiker wegen des Thema „Straßenausbaubeiträge“ - die Vorsitzende hat das angesprochen - bedroht worden sind, wie gestern bekannt geworden ist: „Wenn Sie das Haus verlassen, mögen Sie sich bitte vorsehen!“ Das hat damit zu tun, was wir von Gregor Dehmel gehört haben, dass es nämlich total wichtig ist, junge Menschen nicht nur für Politik zu interessieren und ihnen beizubringen, dass der Tag, wenn sie aufstehen, kommunalpolitisch bereits damit beginnt, dass sie sich die Hände waschen können, Kaffee kochen können, in die Schule gehen und auf dem Weg dorthin vielleicht auch noch den Müll mit rausnehmen und in die Mülltonne werfen können. Bei all diesen Dingen geht es um Kommunalpolitik. Auch der Fahrradweg zur Schule ist Kommunalpolitik. Das muss viel mehr im Bewusstsein der Menschen verankert werden.

Ich fand Ihren Ansatz total spannend, im Vorfeld der Übernahme eines Mandates so etwas wie ein Coaching zu bekommen. Ich glaube, wir alle kennen das: Erst einmal wird kandidiert. Es heißt: Es wäre toll, wenn du kandidieren würdest. Der Rest findet sich dann von alleine. - Dann läuft man so ein bisschen nebenher. Das ist aber Learning by Doing. Vielleicht muss man auch ganz schnell feststellen, dass man überfordert ist.

Wenn wir hier den Kreis der starren Arbeit durchbrechen könnten, wie wir es in der Anhörung von Herrn Dehmel versucht haben herauszuarbeiten, bis hin zur Projektarbeit, wie vom Kollegen Wattermann erklärt, kämen wir ein Stück weiter.

Ich habe die Frage, ob der Frust, der sich vonseiten der Bevölkerung gegenüber ehrenamtlich tätigen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern entlädt, vielleicht auch damit zu tun hat, dass die Bevölkerung zu wenig informiert und zu wenig über das unterrichtet wird, was getan wird.

Sie haben sich vorher selbst als Macher bezeichnet. Ich glaube, das sind wir alle. Aber eine Arbeitsverdichtung, wie wir sie im Job erleben, erleben wir auch in der Kommunalpolitik. Wir wissen um die Berge von Drucksachen, die gelesen werden müssen. Wir wissen um die Vielzahl an Projekten, die während einer Wahlperiode vor uns hergeschoben werden müssen. Wir wissen um die Ohnmacht von ehrenamtlichen Mandatsträgern, wenn es darum geht, endlich mal wieder agieren statt reagieren zu müssen, weil eine Verwaltung, wenn sie gut aufgestellt ist, total viel in die Politik hineingibt, was dringend entschieden werden muss; und am besten gestern und am besten ohne lange darüber zu debattieren, damit am Ende nicht vielleicht sogar noch eine große Bürgerwelle ausgelöst wird. „Bitte, bitte! Liebe Politikerinnen und Politiker! Entscheidet hierüber ganz schnell!“ - Damit bin ich wieder beim dem Thema von vorhin: Ehrenamtliche Tätigkeit braucht das Hauptamt.

Der Kollege Bajus und der Kollege Schepelmann haben vorhin angesprochen, dass das ein Stück weit nicht bezahlbar sei. Dann müssen wir uns Gedanken darüber machen, ob es wirklich nötig ist, dass jemand mit 36 oder 40 Stunden im Rathaus sitzt und die Beratung vornimmt. Vielleicht kann das aber auch in Form eines Jobsharings geschehen. Es könnten auch gewisse feste Anlaufstellen eingerichtet werden, auf die nur das Ehrenamt zurückgreifen kann. Demokratie ist kostbar. Das Kostbare - das sagt das Wort schon - kostet auch Geld. Ich möchte dieses Wertvolle erhalten, und ich möchte, dass es möglichst wenigen Menschen so geht, wie es Ihnen ergangen ist. Ich möchte nicht, dass sie derartige Erfahrungen machen müssen und dann am Ende sagen: Der Preis dafür ist mir zu hoch. - Mir wäre dann der Preis zu hoch, wenn wir für die Demokratie und für den Schutz der Demokratie zu wenige finanzielle Mittel zur Verfügung stellen würden.

**Arnd Focke:** Ich glaube, uns alle, die wir hier sitzen, eint, dass wir daran glauben, dass es gut und sehr wichtig ist, dass wir weiterhin kommunalpolitisches Ehrenamt in Deutschland und vor allem auch Ehrenamt in Vereinen, Institutionen, in den Kirchen etc. haben.

Was die finanzielle Ausgestaltung angeht, bin ich vielleicht etwas frustriert. Ich komme aus einer Kommune, die chronisch pleite ist; sowohl meine Gemeinde als auch meine Samtgemeinde. Und vor dem Hintergrund stelle ich mir vor, dass wir dort eine Vollzeitstelle oder auch eine 30-Stunden-Stelle als Stabsstelle für die Betreuung der Kommunalpolitik ansetzen müssten. Wenn das funktioniert, wird sich niemand weigern, wenn man es vernünftig ausgestaltet. Mein Ansatzpunkt ist - das wird auch so bleiben -, dass ich glaube, dass es Menschen gibt, die das nebenbei machen können.

Früher war es normal, jemanden, den man neu in einen Vereinsvorstand hineinbringen wollte, ein wenig zu protegieren. Ich meine das im besten Sinne des Wortes. Das muss auch heute noch möglich sein.

Wir können nicht immer nur über Bedrohungen über soziale Medien, über einen Shitstorm über Facebook und Instagram oder Twitter reden. Das gilt auch für die Feuerwehren und für die Sportvereine. Wenn in einem Ort mit 1 700 Menschen 11 Mitglieder im Gemeinderat einen unpopulären Beschluss gefasst haben - Straßenausbaubeiträge kosten immer Geld -, dann wurde früher in Versammlungen oder am Stammtisch gesagt: Nun lass mal den Bürgermeister in Ruhe. Was soll der Gemeinderat denn machen? Am Ende hast doch auch du etwas davon. Reg dich nicht auf. In zwei Jahren hast du die 368,50 Euro vergessen. - Solche Gegenstatements, solche wertschätzenden Statements nach dem Motto „Lass die Politik mal machen. Die machen das richtig. Oder willst du es machen?“, kommen nicht mehr. Wenn heute jemand aufgrund einer Sachentscheidung sagt: „Unser Bürgermeister ist Scheiße; er soll weg!“, dann geht vielleicht jemand zur Toilette, weil es ihm unangenehm ist. Aber er spricht nicht mehr dagegen.

Ich erlebe bei den Hauptversammlungen unserer Feuerwehr, wie dort noch diskutiert wird, wie dort Zusammenhalt gelebt wird und wie dort auch kritisch miteinander umgegangen wird und am Ende trotzdem gemeinsam ein Bier getrunken wird. Das fehlt mir häufig. Der kritische Diskurs gelingt mitt-

lerweile kaum noch. Wenn jemand sagt - damit bin ich wieder bei Rechts -: „Muss es unbedingt sein, dass Ali die Gruppenführung macht?“, dann sage ich: Wenn wir zwei Alis hätten, wäre es am besten, wir hätten auch noch eine Alinette. - Um so etwas geht mir. Wir gewinnen überhaupt nichts, wenn wir uns ausschließlich dem Thema Facebook widmen. Wenn wir Gesetze machen, wenn wir die Facebook-ID herauskriegen und irgendjemand verknackt wird - schön. Aber wenn wir vor Ort vergessen, den Leuten, mit denen wir abends oder in den Vereinen unterwegs sind, beizubringen, aufzustehen, wenn gehetzt wird, und etwas dagegen zu sagen, dann haben wir ein Problem.

Das sind die beiden Seite einer Medaille. Wir müssen beides bespielen und dürfen nicht sagen: Wir kümmern uns nur um die digitale Welt, weil sie deutlich mehr Raum einnimmt. - Wir müssen auch auf das Analoge achten.

**Karl-Heinrich Banse:** Die Feuerwehren, die Rettungsdienste und die Polizei sind im Augenblick die BOS, die mangelnden Respekt und sogar direkt Gewalt gegen den Staat bzw. gegen staatliche Einrichtungen erleben müssen. Auch bei den Feuerwehren haben wir das mehr und mehr zu verzeichnen. Im Laufe der letzten Jahre hat sich dies verstärkt. Das liegt nicht nur daran, dass wir jetzt erheben und abfragen, sondern die Respektlosigkeit gegenüber Einsatzkräften wird in der Tat immer größer.

Ich kann Beispiele nennen. In einem gut bürgerlichen Baugebiet kommt es zu einem Ölunfall. Ein Feuerwehrmann muss die Zufahrt zu dem Baugebiet bzw. Wohngebiet absperren und wird von einem gut situierten Bürger fast über den Haufen gefahren, weil er unbedingt um 17 Uhr zu Hause sein muss, weil dort sein Tee auf ihn wartet. Das war bestimmt kein Rechter und bestimmt auch kein Extremist. Das war einfach jemand, der sich in seiner Privatsphäre dadurch gestört gefühlt hat, dass die Feuerwehr kurz vor 17 Uhr die Zufahrt zu seinem Haus gesperrt hat, wo er doch jeden Tag um 17 Uhr zu Hause ist, um dort seinen Tee zu trinken.

Solche Fälle müssen wir erleben. Darüber kann man lächeln, aber der Feuerwehrmann, dem er über den Fuß gefahren ist, lächelt nicht darüber.

Man muss einfach einmal darüber nachdenken, was in dieser Gesellschaft los ist.

Seitens der Feuerwehr-Unfallkasse - das ist unser Sozialversicherungsträger - wurde eine große Umfrage gestartet, bei der es genau um dieses Thema - Gewalt gegen Einsatzkräfte - geht: Was erlebt ihr, was erlebt ihr durch tätliche Gewalt, was erlebt ihr durch verbale Gewalt oder auch durch Angriffe über Facebook - auch das müssen wir erleiden -? Das wird gerade ausgewertet. Die Auswertung ist auch schon fast abgeschlossen. Das Ergebnis wird öffentlich vorgestellt. Unser Innenminister wird sicherlich dabei sein wollen. Deswegen kann ich jetzt nicht vorgreifen. Aber ich werde das der Kommission zu gegebener Zeit zur Verfügung stellen. Man kann sehen, wie viele Fälle das sind. Die Zahl ist verhältnismäßig gestiegen.

Auch über das Thema Strafrecht haben wir auf Bundesebene diskutiert. Ich glaube, es bringt nichts, das Strafrecht noch weiter zu verschärfen. Die Instrumentarien sind vorhanden, und es besteht die Möglichkeit der Verurteilung. Für uns wäre es hilfreicher, wenn diese Instrumentarien auch mal angewendet würden, wenn das Strafmaß mal ausgeschöpft würde. Das wäre viel hilfreicher, als die Strafen immer höher zu schrauben, wenn hinterher doch keine Strafen ausgesprochen werden oder das Strafmaß nicht ausgeschöpft wird.

Mehrfach ist es vorgekommen, dass Feuerwehrangehörige als Zeugen - sie waren selbst betroffen - vor Gericht mussten. Ich nehme das bereits geschilderte Beispiel, bei dem jemand einem Feuerwehrkameraden über den Fuß oder fast über den Fuß gefahren ist. Der Feuerwehrkamerad muss zum Gericht und dort als Zeuge aussagen. Er geht als Zeuge dorthin und hat keinen Rechtsbeistand. Er vertritt seine Gemeinde, die Gemeinde stellt ihm aber keinen Rechtsbeistand an die Seite. Er ist ja nicht angeklagt. Eigentlich kann nichts passieren. Vielleicht handelt es sich um einen jungen Oberfeuerwehrmann, der noch nicht sonderlich erfahren ist. Ihm gegenüber sitzt der Rechtsanwalt der Gegenseite und fragt nach der Verhältnismäßigkeit seiner Entscheidung und nach der Ermessensausübung. Der junge Feuerwehrmann weiß sich dann nicht mehr zu helfen, ist letzten Endes der Depp und wird fast zum Angeklagten. So etwas zu erleben, ist nicht gerade erfreulich. Das ist jetzt schon öfter vorgekommen.

Wir versuchen auf Bundesebene und auch auf Landesebene, einen Fonds ins Leben zu rufen, der solchen Leuten - das betrifft nicht nur die Feuerwehr, sondern auch die Polizei und den

Rettungsdienst und alles was dazugehört - einen Rechtsbeistand stellt, der solche Dinge verhindert. Wenn man vor Gericht dann auch noch auseinandergenommen wird, macht das alles nicht gerade einfacher. Das ist echt ein Problem.

Fälle von Gewalt sind durch die Medien gegangen. Ich kann Ihnen hier Fälle nennen, in denen Feuerwehrleute mit Raketen beschossen wurden, dass bei Brandeinsätzen Flaschen nach ihnen geworfen wurden, dass Feuerwehrleute angefahren wurden. Die Rettungsdienste können noch viel mehr berichten. In dem Moment, in dem Alkohol spielt - Alkohol spielt bei den Fällen, in denen die Rettungsdienste tätig werden, sehr oft eine Rolle -, passieren ganz andere Dinge, und zwar täglich. Die hauptamtlichen Einsatzkräfte - insbesondere in den Städten - verfolgen das schon gar nicht mehr. Sie sagen: Das bringt ja ohnehin nichts. Wenn ich einen Bericht abgeben wollte, müsste ich seitenlang schreiben, und hinterher verläuft das sowieso im Sande. Ich erlebe das jeden Tag. Daran muss ich mich gewöhnen. - So ist das mittlerweile. Das darf aber nicht so sein.

Wir müssen aufpassen - das ist aber wohl ein gesamtgesellschaftliches Problem -, dass wieder respektvoll mit staatlichen Institutionen - die Feuerwehr ist nun einmal eine staatliche Institution; der Feuerwehrmann, der dort in Uniform steht, vertritt seine Gemeinde, er vertritt seinen Bürgermeister - umgegangen wird und das, was dort gemacht wird, akzeptiert wird.

Für mich wäre es der Super-GAU, wenn der Spieß plötzlich umgedreht würde. Auf der Autobahn hat es einen Vorfall gegeben, über den in den Medien berichtet wurde. Ein Feuerwehrmann hat bei einem Lkw-Unfall den Schlauch in Richtung der Gaffer gehalten. Er konnte es nicht mehr ertragen, dass sich auf der Gegenfahrbahn hundert Menschen versammelt haben, um zu filmen, wie der schwer verunglückte Lkw-Fahrer geborgen wurde; am besten auch noch im Detail das abgerissene Bein zeigen. Der Feuerwehrmann hat das C-Rohr umgedreht und die Kameras von den Gesichtern weggewischt. Das ist nicht richtig! So etwas darf man nicht tun. Ich habe Angst vor solchen Fällen. Ich rechne damit, dass Feuerwehrleute - vielleicht bei einem ganz anderen Ereignis - den Spieß mal umdrehen. Das müssen wir verhindern. Wir müssen sehen, dass wir wieder ein bisschen mehr Respekt in die Gesellschaft bringen, damit solche Dinge nicht vorkommen. Solche Fälle tragen auch nicht dazu bei,

dass junge Menschen Lust darauf haben, bei der freiwilligen Feuerwehr mitzumachen.

Das sind Probleme, über die wir uns wirklich Gedanken machen müssen.

Mentoring, das angesprochen wurde, wird bei uns ganz groß geschrieben. Wir nennen das „Patenschaften“. Wenn junge Kameradinnen oder Kameraden kommen, nimmt ein alter Kamerad sie an die Hand und zeigt ihnen, wie alles funktioniert. Das ist ähnlich wie bei der Truppmannausbildung an der Schule: nicht nur über Feuerwehr und Politik sowie alles das, was man dort macht, reden, sondern einfach mal machen lassen! Wenn sie erleben, was man alles bei der Feuerwehr macht, dass es nicht nur um das Löschen von Bränden geht, sondern auch um Gefahrguteinsätze und auch um viele andere Dinge, dass es um aktiven Umweltschutz geht - nicht nur reden, sondern auch etwas tun -, dann kommt das positiv an. Damit kann man Leute gewinnen. Deswegen finde ich Mentoring, mitmachen - nicht Learning by Doing, sondern vormachen und zeigen, ein Stück weit überwachen und anleiten - sehr wichtig.

**Insa Lienemann:** In der Diskussion sind schon vielfach die Themen „Respekt“ und „junge Menschen“ angesprochen worden. Vor allem Sie, Herr Focke, haben das Thema „Wertschätzung gegenüber dem Ehrenamt“ in den Mittelpunkt eventueller Lösungsansätze gestellt. Das scheint Ihnen sehr wichtig zu sein. Auch mir geht das so. Sie haben gesagt, es müsste normal sein, dass junge Leute angesprochen werden, sich zu engagieren, wenn sie bereits auf irgendwelchen Feldern unterwegs sind.

Beide Vorträge und auch unsere Debatte waren von der Frage durchzogen, wie man junge Menschen ansprechen kann, wie man sie beteiligen kann.

Ich möchte an dieser Stelle grundsätzlich werden. Das Thema „Teilhabe von Kindern und Jugendlichen“ ist auf der Ebene von Menschenrechten, nämlich in der UN-Kinderrechtskonvention, angelegt. Kinder und Jugendliche haben das Menschenrecht auf umfassende Teilhabe. Nach Artikel 31 haben sie das Recht auf Spiel sowie auf freie Teilnahme am kulturellen und künstlerischen Leben und Mitgestaltung.

An unsere wissenschaftliche Begleitung habe ich in diesem Zusammenhang folgende Frage: Wie

ist das Menschenrecht für Kinder und Jugendliche an Mitgestaltung und Teilhabe in unserer Gemeinschaft hier in Niedersachsen umgesetzt? Welche Themen sind noch gar nicht angesprochen.

Wir alle haben festgestellt: Wenn junge Menschen die Möglichkeit haben - der Landesjugendring wird mich darin sicherlich unterstützen -, sehr früh die Erfahrung zu machen, mitreden zu dürfen, dann haben sie auch Interesse, sich kommunalpolitisch zu engagieren. Wenn man in Projekten, wie sie Herr Dehmel vorgestellt hat, Erfahrungen macht, dann brauchen wir nicht noch lange irgendwelche Extradinge zu überlegen, wie mehr Respekt erreicht werden kann. Kinder und Jugendliche sind ja klug. Wenn sie die Erfahrung machen, dass man etwas tun kann, dann machen sie das sehr verantwortlich.

Kerncurricula sind eine wichtige Sache. Coachingmodelle sind eine wichtige Sache. Aber außerdem halte ich die Frage für wichtig, wie Niedersachsen hinsichtlich der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention bei dem Thema „Recht auf Mitgestaltung und Mitwirkung“ aufgestellt ist.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD): Von unseren wissenschaftlichen Mitarbeitern wird das wohl nicht zu beantworten sein. Deshalb rege ich an, eine Unterrichtung zu diesem Thema durchzuführen.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE): Es gibt in Niedersachsen die Kinder- und Jugendkommission, die sich ausdrücklich auf die Kinderrechtskonvention bezieht. Die Kinder- und Jugendkommission Niedersachsen ist dem Sozialministerium zugeordnet. Jede Fraktion stellt dort ein Mitglied. Die Kommission hat dieses Thema gerade auf der Agenda und auch eine wissenschaftliche Analyse erstellen lassen. Sicherlich wäre es ganz interessant, Input von der Kinder- und Jugendkommission zu bekommen.

In diesem Zusammenhang geht es nicht nur um das kommunale Mandat, sondern insgesamt um die Frage von Partizipation, Nachwuchsförderung usw. Vielleicht können wir jemanden aus der Kinder- und Jugendkommission ausdrücklich einladen.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD): Zu unseren Querschnittsthemen wird sicherlich auch „Partizipation und Teilhabe“ gehören. Wenn wir eine

schriftliche Unterrichtung erhalten könnten, könnten wir sie jetzt schon in unsere Überlegungen einbeziehen. Wäre das eine Verfahrensweise, mit der Sie einverstanden sind? - Ich sehe keinen Widerspruch.

Abg. **Veronika Koch** (CDU): Ich hatte mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil die Diskussion in Richtung Beratung ging. Das ist richtig, und es gibt auch nichts dagegen zu sagen. Auf der anderen Seite stelle ich mir aber die Frage: Kann es wirklich sein, dass wir Kommunalpolitiker im Vorfeld darauf vorbereiten, welche schlimmen Erfahrungen sie machen werden? Mir widerstrebt das ein wenig. Letztlich geht es um Kommunalpolitiker, aber auch um das Ehrenamt insgesamt. Wir haben gehört, dass alle, die in irgendeiner Form Verantwortung übernehmen, sich mangelnder Akzeptanz gegenüber sehen. Das betrifft nicht nur ehrenamtlich Tätige. Auch Beamte sind doof, Ärzte sind doof, Polizisten sind doof. Viele Menschen wissen alles besser. Dadurch, dass wir Beratungsstellen schaffen, verändern wir diese Menschen aber nicht.

Ich sehe für mich den Ansatzpunkt darin, dafür Sorge zu tragen, wieder mehr Respekt der Menschen untereinander zu schaffen, sei es durch Kampagnen, wie auch immer.

Aus meiner Sicht sind Beratungsstellen ein Ansatz, aber ich glaube, dass mehr auf gegenseitigen Respekt hingearbeitet werden muss. Einerseits freuen wir uns darüber, dass in unserem Grundgesetz das Grundrecht auf Meinungsfreiheit verankert ist. Das ist auch gut so. Auf der anderen Seite maßen sich viele an, alles, jeden und jede Situation beurteilen zu können, ohne sich die Mühe zu machen, sich mit den Hintergründen zu beschäftigen. Darin liegt aus meiner Sicht das Problem. Wir müssen noch mehr an gegenseitiger Wertschätzung und gegenseitigem Respekt arbeiten.

**Arnd Focke**: Ich möchte natürlich auf jeden Fall vermeiden, dass der Eindruck entsteht - ich übertreibe ein wenig -, dass jemand, der Kommunalpolitik macht, jeden Tag damit rechnen muss, erschossen, geteert und gefedert oder vergiftet zu werden.

Solange wir uns aber in einer Situation befinden, in der sich Toleranz, Wertschätzung und Respekt in unserer Gesellschaft noch nicht wieder so durchgesetzt haben, wie ich es mir vorstelle, wie wir es uns alle vorstellen, braucht es ein vorberei-

tendes Coaching auf das, was passieren kann. Das soll aber nicht abschrecken oder hysterisch sein, sondern von vornherein authentisch.

Es geht darum, zu sagen: Das kann dir passieren. Wir haben Erfahrungswerte. Dann kann dir so oder anders geholfen werden.

Mir hat sehr gut gefallen, dass diese Kommission der Auffassung ist, dass der rechtliche Rahmen bereits vorhanden ist und wir in diesem Rahmen eine ganze Menge machen können. Lasst uns weiter vorne ansetzen, nämlich im Sektor Bildung und bei dem Thema, wie wir in unserer Gesellschaft miteinander umgehen.

\*\*\*

Tagesordnungspunkt 2:

### Verfahrensfragen

#### a) **Abstimmung und ggf. Beschlussfassung zur weiteren Zeitplanung**

Die **Kommission** bat darum, der wissenschaftlichen Begleitung bis Mittwoch kommender Woche Anregungen und Anmerkungen zu dem für die heutige Sitzung vorgelegten Entwurf eines Terminplans zuzuleiten.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE) regte an, sich von der Landesregierung über die Arbeitsergebnisse des „Niedersachsen-Rings“ unterrichten zu lassen. Beim „Niedersachsen-Ring“, so der Abgeordnete, sei in die Richtung, in die die Kommission arbeite, schon sehr viel vorgearbeitet worden. Möglicherweise könne die Kommission von der Arbeit des „Niedersachsen-Rings“ profitieren und sich, wenn sie sich über die Arbeit unterrichten lasse, einiges an Arbeit sparen

Gegebenenfalls lohne es sich auch, sich über die Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen unterrichten zu lassen, wo gerade eine Ehrenamtsstrategie erarbeitet worden sei.

Die **Kommission** bat die Landesregierung bezüglich der Arbeitsergebnisse des „Niedersachsen-Rings“ um eine Unterrichtung. Sie bat darum, ihr zeitnah die Unterrichtung schon einmal schriftlich gut zukommen zu lassen.

#### b) **Vorstellung des Onlinefragebogens**

Die **Kommission** bat darum, der wissenschaftlichen Begleitung bis Mittwoch kommender Woche Anregungen und Anmerkungen zu dem von der wissenschaftlichen Begleitung vorgelegten Entwurf eines Onlinefragebogens sowie Vorschläge für den Kreis der Adressaten zuzuleiten.

**Dagmar Hohls** regte an, in dem Fragebogen anstelle von „Spaß an der Tätigkeit“ auf „Freude an der Tätigkeit“ abzustellen.

**Karl-Heinz Banse** merkte an, bei der Frage „In welchem Umfeld sind sie ehrenamtlich tätig?“ werde abgehoben auf den ländlichen Raum, auf den kleinstädtischen Bereich, mittelstädtischen Bereich und Großstadt. Ihm fehlten hier die Ebenen der Landkreise und des Landes.

#### c) **Bitte um Unterrichtung durch die Landesregierung**

Die Kommission hatte sich unter Tagesordnungspunkt 1 im Zusammenhang mit der Anhörung eines betroffenen Mandatsträgers, welcher aufgrund von Drohungen zurückgetreten ist, darauf verständigt, die Landesregierung mit Blick auf die Arbeit der Kinder- und Jugendkommission Niedersachsen um eine Unterrichtung über den Stand der Umsetzung der Beteiligungsrechte nach der UN-Kinderrechtskommission zu bitten. Sie hatte zudem darum gebeten, ihr die Unterrichtung zeitnah schon einmal schriftlich zukommen zu lassen.

\*\*\*



Tagesordnungspunkt 3:

**Anmerkungen der wissenschaftlichen Begleitung und Zusammenfassung der Ergebnisse**

Die **Kommission** setzte diesen Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung ab.

\*\*\*